

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1994

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Neue regionale Bevölkerungsprognose	25	Die jüngste regionale Bevölkerungsprognose basiert auf der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 1992 und beschreibt die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2007.
Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft für 1993 bis 1997 – Statistik für die Europäische Union	28	Es wird über Inhalt und Schwerpunkte des Rahmenprogramms sowie über die Entscheidungsverfahren zu seiner Umsetzung berichtet.
Haushaltspanel 1994 bis 1996	33	Ab Mai 1994 erfolgt erstmalig europaweit ein Haushaltspanel. Das Ziel dieses Panels ist die Schaffung einer umfassenden Datenquelle innerhalb der EU, die Informationen zu den persönlichen sowie den Haushaltseinkommen, der Arbeitsmarktsituation und zur sozialen Sicherheit liefert.
Die reformierte Sozialhilfestatistik	36	Die Sozialhilfestatistik wird künftig umfassender und aktueller sein. Dieser Beitrag informiert über die veränderten Erhebungsverfahren und die neuen Inhalte.
Gewerblicher Güternahverkehr 1977 bis 1992	39	Ergebnisse der Erhebungen über die Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güternahverkehrs werden zusammenfassend dargestellt.
Die Südpfalz als Partner in der Großregion Oberrhein	43	Der Bericht setzt eine Untersuchung im Augustheft dieser Reihe fort, und zwar über die Flächennutzung, die Landwirtschaft und die Wirtschaft.
Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Neue regionale Bevölkerungsprognose

Das Statistische Landesamt hat eine neue regionale Bevölkerungsprognose vorgelegt, die auf der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 1992 basiert und die aktuelle Entwicklung von Geburten, Sterbefällen sowie Zu- und Abwanderungen bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt.

Die Vorausschätzung unterstellt, daß die in jüngster Zeit zu beobachtenden erheblichen Zuwanderungsströme künftig deutlich zurückgehen werden. Außerdem wurde eine weiterhin abnehmende Sterblichkeit sowie eine im Durchschnitt in etwa konstante Geburtenneigung angenommen.

Ausgehend von 3 881 000 Personen im Jahre 1992 erreicht die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz nach der Prognose Anfang des Jahres 1996 die 4-Millionen-Marke und steigt weiter bis auf 4 096 000 Personen am Ende des Jahres 2000. Weiterhin positive Wachstumsraten werden noch bis zum Jahr 2004 erwartet (4 106 000 Personen). Nach einer dann einsetzenden rückläufigen Entwicklung werden für das Ende des Prognosezeitraums im Jahre 2007 noch 4 101 000 Rheinland-Pfälzer errechnet.

Die Bevölkerungsprognosen werden Jahr für Jahr an die aktuelle Entwicklung angepaßt. Die jährliche Neuberechnung wirkt sich auch auf die regionalen Fachplanungen aus. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 25.

Zahl der Erwerbstätigen rückläufig

Eine Arbeitsgruppe der amtlichen Statistik hat erste Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit des Vorjahres vorgelegt. Nach den Berechnungen lag die Zahl der Erwerbs-

Im Jahresdurchschnitt 1993 ergeben sich folgende Erwerbstätigenzahlen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige	Veränderung gegenüber 1992
	Anzahl	%
Land- und Forstwirtschaft	66 100	- 5,2
Produzierendes Gewerbe	556 100	- 4,4
Handel und Verkehr	267 200	- 0,4
Sonstige Dienstleistungen	295 100	2,1
Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	348 800	0,2
Insgesamt	1 533 200	- 1,5

tätigen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt des Jahres 1993 bei 1 533 000 und damit um 1,5 % unter dem Niveau des Jahres 1992.

Es gab strukturell unterschiedliche Entwicklungen. Während in der Land- und Forstwirtschaft (- 5,2 %) und im produzierenden Gewerbe (- 4,4 %) die Zahl der Erwerbstätigen stark rückläufig war, konnte im Bereich sonstige Dienstleistungen, dem auch die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe zugeordnet werden, ein Zuwachs (2,1 %) verzeichnet werden.

Die Erwerbstätigenzahlen sind nach dem sogenannten Arbeitsortkonzept nachgewiesen, es werden also diejenigen Erwerbstätigen berücksichtigt, die in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsplatz haben, unabhängig von ihrem Wohnort. ic

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar		Veränderung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
Landessteuern	155,6	84,4	- 45,7
Vermögensteuer	47,0	2,2	- 95,4
Erbschaftsteuer	14,0	7,0	- 49,9
Kraftfahrzeugsteuer	69,4	43,7	- 37,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	16,4	15,1	- 7,8
Feuerschutzsteuer	0,7	1,3	94,3
Biersteuer	8,1	15,2	86,2
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	434,0	476,5	9,8
Lohnsteuer	476,0	439,0	- 7,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 32,6	- 49,8	.
Kapitalertragsteuer	20,7	39,2	89,2
Zinsabschlagsteuer	-	65,9	.
Körperschaftsteuer	- 30,3	- 17,9	.
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	283,7	307,6	8,4
Umsatzsteuer	176,8	263,5	49,1
Einfuhrumsatzsteuer	106,9	44,0	- 58,8
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	- 5,3	0,4	.
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	- 1,0	0,3	.
I n s g e s a m t	866,9	869,2	0,3

¹⁾ Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Bruttoinlandsprodukt 1993 nominal über, real unter Vorjahresniveau

Das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt erreichte nach einer vorläufigen Schätzung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 1993 insgesamt 140,1 Mrd. DM. Damit lag der Gesamtwert der wirtschaftlichen Leistung nominal über dem Vorjahresniveau (+ 0,7 %), real, d. h. nach Ausschaltung der Preissteigerungen, ergab sich ein Rückgang um 2,2 %. Im Durchschnitt der alten Bundesländer war 1993 ein nominaler Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 % und ein realer Rückgang um 1,9 % zu verzeichnen.

Ursächlich für die im Vergleich zum Durchschnitt der alten Bundesländer etwas ungünstigere Entwicklung in Rheinland-Pfalz war der Produktionsrückgang in den für das Land bedeutsamen, von der Rezession stark betroffenen Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Auch im Baugewerbe und im Handel lag das Ergebnis unter dem Vorjahreswert. Dagegen konnten für die Dienstleistungsunternehmen weiterhin Zuwachsraten, allerdings kleinere als in den vergangenen Jahren, festgestellt werden.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen sank um 0,8 % auf 86 400 DM. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 1,4 % niedriger als im Vorjahr.

Statistisches Programm der EG für 1993 bis 1997

Im Juli 1993 wurde mit einer Ratsentscheidung das Rahmenprogramm für die EG-Statistik der Jahre 1993 bis 1997 festgelegt. Der Inhalt des Programms ergibt sich weitgehend aus den politischen Vorgaben des Maastricht-Vertrages über die Europäische Union. Besondere Priorität erhalten demnach die Bereiche Binnenmarkt, Sozialpolitik, wirtschaftlicher Zusammenhalt und Verbraucherschutz sowie Wirtschafts- und Währungsunion. Die im Anhang der Ratsentscheidung enthaltenen einzelnen Statistikvorhaben sind nach diesen Themenkomplexen untergliedert. Die Rechtsgrundlage für das Rahmenprogramm legt darüber hinaus auch die Verfahrens- und Entscheidungsmodalitäten der jährlichen und mehrjährigen Programmplanung, der Umsetzung des Programms und dessen Bewertung fest. Sie steckt damit zugleich den Rahmen ab für die Zusammenarbeit von Eurostat, dem europäischen statistischen Amt, und den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten. Selbstverständlich kommt auch hierbei das im Unionsvertrag verankerte Prinzip der Subsidiarität zum Tragen. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 28.

Erstes europaweites Haushaltspanel

Mit dem Ziel, für die Länder der EU vergleichbare Informationen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Bevölkerungsbewegungen zu erhalten, erfolgt testweise in den Jahren 1994, 1995 und 1996 ein Haushaltspanel als Gemeinschaftserhebung. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden auch zeigen, wie sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen nach Bildung des europäischen Binnenmarktes verändert haben.

Um Entwicklungen im Zeitverlauf beobachten zu können, bietet sich das Panel an. Im Gegensatz zu den üblichen Momentaufnahmen werden hierbei dieselben Haushalte und Personen zu denselben Themen zu verschiedenen Zeitpunkten befragt. In der Gemeinschaft werden rund 75 000 Haushalte an dem Haushaltspanel teilnehmen, in Deutschland 5 000, darunter ca. 250 in Rheinland-Pfalz. Durch eine zweistufige Piloterhebung im Jahre 1993 wurde das Haushaltspanel vorbereitet. br

Mehr über dieses Thema auf Seite 33.

Im Güternahverkehr weniger Unternehmen bei wachsendem LKW-Bestand

Am 31. Oktober 1992 gab es in Rheinland-Pfalz 3 074 Unternehmen des gewerblichen Güternahverkehrs mit 8 509 Lastkraftwagen und 4 327 Anhängern. Gegenüber dem entsprechenden Stichtag 1977 verringerte sich die Zahl der Unternehmen um 155 (minus 4,8 %). Der Fahrzeugbestand nahm um 1 035 (plus 13,8 %) zu, der Bestand an Anhängern um 457 (plus 11,8 %). Gut die Hälfte der Unternehmen besaß 1992 nur einen, ein knappes Fünftel zwei Lastkraftwagen. Jedes zehnte Unternehmen verfügte über sechs und mehr Lastkraftfahrzeuge. Während 1977 auf ein Unternehmen noch durchschnittlich 2,3 LKW kamen, waren es 1992 bereits 2,8 LKW. Insgesamt 7 062 (83 %) Lastkraftwagen hatten eine Nutzlast von über 4 Tonnen.

Als Einzelfirmen wurden rund 71 % der Unternehmen geführt, als Gesellschaft mit beschränkter Haftung 17 % und als Kommanditgesellschaft bzw. GmbH & Co. KG 7 %. Das Tätigkeitsfeld von 1 220 Güternahverkehrsunternehmen erstreckte sich noch auf weitere Verkehrsrarten wie Güterfernverkehr, Werk- und Umzugsverkehr.

In drei Landkreisen befanden sich 1992 mehr als 200 Unternehmen des Güternahverkehrs (Westerwald 234, Mayen-Koblenz und Ludwigshafen jeweils 206). Diese 646 Firmen verfügten zusammen über 1 778 (21 %) LKW und 896 (21 %) Anhänger. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 39.

Neue regionale Bevölkerungsprognose

Jährliche Anpassung an aktuelle Entwicklung

Das Statistische Landesamt hat eine neue regionale Bevölkerungsprognose vorgelegt, die auf der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 1992 basiert und die aktuelle Entwicklung von Geburten, Sterbefällen sowie Zu- und Abwanderungen bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt.

Damit wird die Reihe der Jahr für Jahr aktualisierten Prognosen fortgeführt. Durch die jährliche Neuberechnung unterscheiden sich üblicherweise die Ergebnisse zweier aufeinanderfolgender Prognosen. Die Differenzen bewegen sich jedoch in der Regel in Größenordnungen, die für die Verwendungszwecke der Prognoseergebnisse kaum Bedeutung haben.

In Zeiten sich rasch ändernder Rahmenbedingungen können aber durchaus größere Anpassungen erforderlich werden. So waren noch vor wenigen Jahren die erheblichen Zuwanderungsströme der jüngsten Zeit undenkbar und damit nicht prognostizierbar.

Auswirkungen auf regionale Fachplanungen

Unter Umständen können auch schon kleinere Änderungen in den Besetzungszahlen einzelner Altersgruppen für regionale Planungszwecke wichtig sein. So ist es für eine größere kreisfreie Stadt sicherlich von Bedeutung, daß die für das Jahr 2000 prognostizierte Zahl der Kinder im Kindergartenalter bei der aktuellen Prognose um knapp 300 unter dem Wert der Vorjahresprognose liegt. Anzumerken ist allerdings, daß dies eher ein Extremfall ist und die Unterschiede im allgemeinen deutlich geringer sind.

Die laufende Aktualisierung zieht bei den regionalen Planungsgremien häufig eine Reihe von Anpassungen nach sich, ist man doch mitunter gezwungen, einen unter Umständen akribisch erarbeiteten Altenplan zu revidieren, da das Statistische Landesamt eine neue Bevölkerungsprognose vorgelegt hat.

Das eigentliche Problem ist nun gewiß nicht darin zu sehen, daß das Statistische Landesamt stets bemüht ist, der aktuellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Vielmehr liegt häufig eine fehlerhafte Interpretation der Prognoseergebnisse seitens der Konsumenten vor. Da die Ergebnisse in vergleichsweise tiefer Regionalgliederung nach Alter und Geschlecht bis auf die letzte Stelle

ausgewiesen werden, wird unter Umständen der Eindruck einer Exaktheit erweckt, die in einer Prognose natürlich nie gegeben sein kann.

Die Prognosen sind nicht im Sinne einer Prophezeiung dessen, was in Zukunft sein wird, zu verstehen. Die Modelle beschreiben die erwartete Bevölkerungsentwicklung lediglich unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtig absehbaren Tendenzen eintreten werden.

Entscheidend sind weniger die konkreten prognostizierten Zahlen, als vielmehr die durch die Modelle beschriebenen grundsätzlichen Entwicklungen, wie beispielsweise die zu erwartende erhebliche Zunahme älterer Menschen oder die langfristig deutlich rückläufige Kinderzahl. Diese unstrittigen Grundaussagen ändern sich auch durch die jährliche Fortschreibung der Prognosen nicht.

Verbandsgemeindeergebnisse ohne Wanderungsansatz

Die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsprognose berücksichtigen Annahmen über die künftige Entwicklung der Wanderungen nur bis auf Kreisebene. Ein Wanderungsansatz ist um so problematischer, je kleiner die betrachteten Gebietseinheiten sind. So kann die Ausweisung eines Neubaugebiets oder die Errichtung oder Stilllegung eines Betriebes schon relativ kurzfristig unvorhersehbare Wanderungsströme in einem regional bedeutsamen Ausmaß nach sich ziehen.

Auf Verbandsgemeindeebene werden daher die Ergebnisse lediglich unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also von Geburten und Sterbefällen, erstellt. Dies hat zur Folge, daß die Summe der Ergebnisse aller verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden eines Landkreises nicht mit dem unter Berücksichtigung der Wanderungen ermittelten Kreisergebnis übereinstimmt. Dies stellt ein weiteres Problem für die Konsumenten der Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung dar.

Vielfach gibt es für den Nutzer der Prognoseergebnisse jedoch Mittel, aufgrund der vorhandenen Ortskenntnisse, die das Statistische Landesamt nicht immer hat, durch entsprechende Zu- oder Abschläge Korrekturen an den Ergebnissen vorzunehmen. Liegen derartige Kenntnisse nicht vor, besteht immer noch die Möglichkeit, die aufgrund der Kreisergebnisse einschließ-

Bevölkerung 1992 bis 2007 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	1992	1994	1995	1998	2000	2005	2007
Anzahl							
unter 3	131 740	130 846	129 855	124 900	119 389	106 638	104 265
3 – 6	132 016	138 026	140 113	137 215	133 507	119 059	114 106
6 – 10	163 430	177 281	183 726	193 613	192 644	178 594	170 676
10 – 16	239 569	251 910	256 951	273 862	287 800	297 202	290 048
16 – 19	114 223	116 865	119 178	132 547	132 941	147 792	150 824
19 – 25	314 775	282 133	270 634	253 642	258 319	270 399	279 190
25 – 40	947 502	978 563	985 589	970 522	933 639	824 956	791 883
40 – 60	1 000 557	1 027 852	1 035 655	1 061 228	1 074 344	1 178 592	1 218 063
60 – 75	576 631	603 469	611 302	638 691	665 496	654 109	649 559
75 und älter	260 522	254 132	262 281	285 287	298 106	328 271	331 919
unter 20	821 260	852 600	868 671	902 666	909 753	895 205	878 607
20 – 65	2 440 360	2 466 324	2 474 055	2 499 643	2 493 089	2 444 549	2 444 637
65 und älter	619 345	642 153	652 558	669 198	693 343	765 858	777 289
Insgesamt	3 880 965	3 961 077	3 995 284	4 071 507	4 096 185	4 105 612	4 100 533
Anteil der Altersgruppen in %							
unter 3	3,4	3,3	3,3	3,1	2,9	2,6	2,5
3 – 6	3,4	3,5	3,5	3,4	3,3	2,9	2,8
6 – 10	4,2	4,5	4,6	4,8	4,7	4,3	4,2
10 – 16	6,2	6,4	6,4	6,7	7,0	7,2	7,1
16 – 19	2,9	3,0	3,0	3,3	3,2	3,6	3,7
19 – 25	8,1	7,1	6,8	6,2	6,3	6,6	6,8
25 – 40	24,4	24,7	24,7	23,8	22,8	20,1	19,3
40 – 60	25,8	25,9	25,9	26,1	26,2	28,7	29,7
60 – 75	14,9	15,2	15,3	15,7	16,2	15,9	15,8
75 und älter	6,7	6,4	6,6	7,0	7,3	8,0	8,1
unter 20	21,2	21,5	21,7	22,2	22,2	21,8	21,4
20 – 65	62,9	62,3	61,9	61,4	60,9	59,5	59,6
65 und älter	16,0	16,2	16,3	16,4	16,9	18,7	19,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Meßzahlen: 1992 = 100							
unter 3	100	99,3	98,6	94,8	90,6	80,9	79,1
3 – 6	100	104,6	106,1	103,9	101,1	90,2	86,4
6 – 10	100	108,5	112,4	118,5	117,9	109,3	104,4
10 – 16	100	105,2	107,3	114,3	120,1	124,1	121,1
16 – 19	100	102,3	104,3	116,0	116,4	129,4	132,0
19 – 25	100	89,6	86,0	80,6	82,1	85,9	88,7
25 – 40	100	103,3	104,0	102,4	98,5	87,1	83,6
40 – 60	100	102,7	103,5	106,1	107,4	117,8	121,7
60 – 75	100	104,7	106,0	110,8	115,4	113,4	112,6
75 und älter	100	97,5	100,7	109,5	114,4	126,0	127,4
unter 20	100	103,8	105,8	109,9	110,8	109,0	107,0
20 – 65	100	101,1	101,4	102,4	102,2	100,2	100,2
65 und älter	100	103,7	105,4	108,0	111,9	123,7	125,5
Insgesamt	100	102,1	102,9	104,9	105,5	105,8	105,7

lich Wanderungen ermittelten jährlichen Veränderungs-
raten auch auf Verbandsgemeindeebene zu übertragen.

Abgleich mit der 8. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Ein aus der Sicht des Konsumenten weiteres Problem ist, daß gleichzeitig von verschiedenen Institutionen Bevölkerungsprognosen erfolgen, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

Aktuelle Bevölkerungsprognosen für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegen derzeit vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sowie von der

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung vor. Letztere liefert auch Regionalergebnisse bis auf Ebene der Raumordnungsregionen. Das Statistische Bundesamt erstellt derzeit in Zusammenarbeit mit den statistischen Landesämtern die 8. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, die Ergebnisse für die Bundesländer ohne weitere regionale Untergliederung ermittelt. Dabei werden die Annahmen für die einzelnen Länder, insbesondere was das Wanderungsgeschehen betrifft, aufeinander abgestimmt.

Die Ergebnisse der 8. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung werden voraussichtlich im Mai dieses Jahres vorgelegt. Soweit dies aufgrund der unterschiedlichen Modellstruktur möglich ist, wurden die

Annahmen der Regionalprognose des Statistischen Landesamtes auf die der koordinierten Vorausschätzung abgestimmt.

Deutlich rückläufige Zuwanderungen

Alle Bevölkerungsprognosen unterstellen, daß die in jüngster Zeit zu beobachtenden erheblichen Zuwanderungsströme künftig deutlich zurückgehen werden. Über das Ausmaß und die zeitliche Entwicklung sind aber nur mehr oder weniger spekulative Betrachtungen möglich.

Für die Zuzüge aus dem Ausland wurde im Rahmen der Regionalprognose ein Rückgang bis zum Jahre 2000 von mehr als 35 % unterstellt. Bei den Wanderungsverflechtungen mit den neuen Bundesländern wurde angenommen, daß nach dem Jahre 2000 der Wanderungssaldo ausgeglichen sein wird.

Abnehmende Sterblichkeit, konstante Geburtenneigung

Die Prognose der Zahl der Sterbefälle, die über eine Trendprognose alters- und geschlechtsspezifischer

Sterbeziffern erfolgt, geht von einer weiter sinkenden Sterblichkeit aus. Die Zahl der Gestorbenen steigt im Prognosezeitraum jedoch noch kräftig an, da die Anzahl älterer Menschen weiter wächst.

Die Anzahl der Geborenen wird über eine Trendprognose altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern vorausgeschätzt. Insgesamt wurde eine in etwa gleichbleibende Geburtenneigung unterstellt, wobei von einer leicht rückläufigen Tendenz bei den jüngeren Frauen und einer geringfügig zunehmenden bei den Frauen über 28 Jahre ausgegangen wurde. Wegen entsprechender Altersstrukturveränderungen führt dies zu insgesamt deutlich rückläufigen Geborenenzahlen.

Mehr als 4 Millionen Rheinland-Pfälzer nach 1995

Ausgehend von 3 881 000 Personen im Jahre 1992 erreicht die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz nach der Prognose Anfang des Jahres 1996 die 4-Millionen-Marke und steigt weiter bis auf 4 096 000 Personen am Ende des Jahres 2000. Weiterhin positive Wachstumsraten werden dann noch bis zum Jahr 2004 erwartet (4 106 000 Personen). Nach einer dann einsetzenden rückläufigen Entwicklung werden für das Ende des

Bevölkerung 1992 bis 2007 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt/Landkreis	1992	1994	1995	1998	2000	2005	2007
	Anzahl						
KS Koblenz	109 654	110 308	110 552	110 792	110 509	109 041	108 400
LK Ahrweiler	120 447	123 757	125 238	128 865	130 523	132 804	133 262
LK Altenkirchen	130 764	134 267	135 830	139 578	141 208	143 360	143 771
LK Bad Kreuznach	152 792	155 626	156 848	159 709	160 774	161 539	161 477
LK Birkenfeld	88 905	90 146	90 662	91 683	91 839	91 218	90 765
LK Cochem-Zell	64 383	65 742	66 345	67 764	68 296	68 750	68 725
LK Mayen-Koblenz	198 779	202 491	204 153	208 132	209 816	211 534	211 672
LK Neuwied	169 777	174 486	176 596	181 906	184 398	187 984	188 785
Rhein-Hunsrück-Kreis	99 221	102 509	104 000	107 715	109 424	111 844	112 445
Rhein-Lahn-Kreis	123 972	126 764	127 962	130 661	131 615	132 143	132 003
Westerwaldkreis	186 331	191 859	194 354	200 517	203 404	207 661	208 678
KS Trier	98 958	100 283	100 755	101 427	101 201	99 660	99 064
LK Bernkastel-Wittlich	110 689	112 119	112 703	113 977	114 261	113 771	113 327
LK Bitburg-Prüm	93 383	94 724	95 273	96 502	96 791	96 332	95 931
LK Daun	60 797	62 033	62 571	63 779	64 194	64 325	64 171
LK Trier-Saarburg	130 468	132 241	132 991	134 534	134 843	134 010	133 311
KS Frankenthal	47 699	48 155	48 272	48 132	47 550	45 679	45 021
KS Kaiserslautern	101 803	102 897	103 263	103 547	102 971	100 679	99 888
KS Landau i. d. Pfalz	38 769	39 573	39 908	40 623	40 793	40 678	40 586
KS Ludwigshafen a. Rh.	167 541	170 017	170 898	172 085	171 495	168 141	166 816
KS Mainz	184 646	187 663	188 760	190 409	190 015	187 090	186 029
KS Neustadt a. d. W.	53 429	54 531	55 006	56 188	56 691	57 282	57 389
KS Pirmasens	48 346	48 346	48 311	47 982	47 559	46 246	45 718
KS Speyer	48 369	49 694	50 264	51 548	51 971	52 224	52 194
KS Worms	78 415	79 723	80 235	81 140	81 129	80 232	79 809
KS Zweibrücken	35 373	36 021	36 294	36 846	36 972	36 796	36 628
LK Alzey-Worms	110 743	114 598	116 351	120 773	122 888	126 167	127 005
LK Bad Dürkheim	127 568	129 878	130 856	132 941	133 451	133 034	132 584
Donnersbergkreis	73 155	75 349	76 345	78 748	79 757	81 064	81 338
LK Germersheim	114 454	117 672	119 023	121 967	122 852	123 059	122 870
LK Kaiserslautern	105 493	108 990	110 541	114 314	115 954	118 004	118 366
LK Kusel	78 408	79 632	80 166	81 406	81 857	82 052	81 934
LK Südliche Weinstraße	103 896	105 604	106 303	107 560	107 612	106 466	105 887
LK Ludwigshafen	139 512	142 566	143 879	146 885	147 892	148 321	148 078
LK Mainz-Bingen	180 389	185 544	187 810	193 242	195 469	198 013	198 450
LK Pirmasens	103 637	105 269	105 966	107 630	108 211	108 409	108 156
Land	3 880 965	3 961 077	3 995 284	4 071 507	4 096 185	4 105 612	4 100 533

Prognosezeitraums im Jahre 2007 noch 4 101 000 Rheinland-Pfälzer errechnet.

Hinsichtlich der Veränderungen in der Altersstruktur ist insbesondere der deutlich zunehmende Anteil älterer Menschen zu erwähnen. Die Anzahl der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, steigt von 619 000 im Basisjahr auf über 777 000 im fernsten Prognosejahr. Damit wächst deren Anteil an der Gesamtbevölkerung von 16 auf 19 %.

Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter wird nach der Prognose Ende 1995 ihren Höchststand erreichen und im Jahr 2007 um rund 14 % unter dem Ausgangsstand liegen. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter wird Ende 1999 am größten sein, aber auch nach der dann rückläufigen Entwicklung am Ende des Prognosezeitraums noch über dem Ausgangswert des Basisjahres liegen. Die Zahlen in den für die anderen Schuljahrgangsstufen relevanten Altersgruppen werden insgesamt kräftig zulegen. Dabei werden die 10- bis 16jährigen (Sekundarstufe I) im Jahre 2007 um gut 20 % und die 16- bis 19jährigen (Sekundarstufe II) um deutlich mehr als 30 % über den Anfangswerten liegen.

Der Landestrend schlägt sich grundsätzlich auch auf Kreisebene nieder. Dabei ist in einigen Landkreisen ein Ansteigen der Bevölkerung noch bis zum Ende des Prognosezeitraums zu erwarten. Gegenüber dem Ausgangsbestand im Basisjahr liegt die Bevölkerung im Kreis Alzey-Worms im letzten Prognosejahr um fast 15 % höher. Aber auch die Landkreise Ahrweiler, Neuwied, Kaiserslautern, Mainz-Bingen sowie der Rhein-Hunsrück-, der Westerwald- und der Donnersbergkreis können nach der Prognose Zuwachsraten von mehr als 10 % erwarten.

Rückläufige Trends werden eher für die kreisfreien Städte vorausgeschätzt. In Frankenthal und Pirmasens sind die Einbußen mit mehr als 5 % gegenüber dem Ausgangsbestand am größten.

Die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsprognose können beim Statistischen Landesamt in Form eines Statistischen Berichts bezogen werden. Darüber hinaus können für spezifische Fachplanungen Tabellen mit beliebiger Altersgruppierung angefordert werden.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft für 1993 bis 1997 – Statistik für die Europäische Union

Dieser Beitrag ist mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamtes der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Ausgabe November 1993, entnommen. Er wurde geringfügig gekürzt.

Die Durchführung der aus den regelmäßigen statistischen Programmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) resultierenden Erhebungen fällt in Deutschland den Ländern zu. Beschlüsse zu statistischen Rahmenprogrammen der EG wirken sich daher unmittelbar auf die Arbeiten in den statistischen Landesämtern aus. Deren Aufgabenkatalog wird zwischenzeitlich in nicht unerheblichem Umfang durch EG-Statistiken bestimmt.

Nach einer intensiven mehr als einjährigen Beratungszeit wurde im Juli 1993 das Rahmenprogramm für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information 1993 bis 1997 als Entscheidung des Rates der Europäischen Gemeinschaft (EG) verabschiedet. Die erstmalig für ein statistisches Programm der EG gewählte Rechtsform einer Ratsentscheidung, die sich an die Mitgliedstaaten richtet, unterstreicht den statistikpolitischen Stellenwert des Rahmenprogramms und seinen im Vergleich zu vorhergehenden Programmen stärkeren Aufforderungscharakter. Für Eurostat, das Statistische Amt der EG, stellt es zudem eine Grundlage seiner Budgetplanung und seiner Mittelzuweisungen durch die Kommission dar. Trotz dieser Aufwertung bleibt auch dieses Rahmenprogramm wie seine Vorgänger zunächst eine Absichtserklärung. Zu seiner Umsetzung bedarf es einer Vielzahl von Vereinbarungen zwischen Eurostat und den Mitgliedstaaten und von maßnahmen- oder bereichsbezogenen Rechtsakten, die zunächst auf Fachebene beraten und dann im Rah-

men jeweils eigener Rechtssetzungsverfahren im Laufe der nächsten Jahre verabschiedet werden müssen.

Die Ratsentscheidung über das Rahmenprogramm gibt die Prioritätsbereiche für die statistischen Arbeiten der EG an, die sich aus den politischen Vorgaben des Vertrags über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 ergeben. Sie legt darüber hinaus Verfahren und Entscheidungsmodalitäten der jährlichen und mehrjährigen Programmplanung, der Programmimplementierung und Bewertung fest und steckt damit auch den Rahmen ab für die Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten. In einem Anhang enthält sie einen Katalog mit mehr als 200 Kurzbeschreibungen der Projekte, die im Rahmen des Mehrjahresprogramms 1993 bis 1997 durchgeführt werden sollen.

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die fachlichen und methodischen Schwerpunkte des statistischen Rahmenprogramms für die Jahre 1993 bis 1997 und stellt die grundsätzlichen Überlegungen zur Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Amt der Gemeinschaft und den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten dar, die sich aus den Beratungen über das Rahmenprogramm und über die Umsetzung der im Rahmenprogramm geplanten Maßnahmen auch im Hinblick auf das künftige statistische System der Gemeinschaft ergeben.

Der Vertrag über die Europäische Union: Auftrag und Rahmen für die Statistik der EG

Mit dem Vertrag über die Europäische Union (EU) ist der wirtschaftliche und politische Integrationsprozeß der zwölf Mitgliedstaaten in eine neue und entscheidende Phase getreten. Im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, die als Wegbereiterin des Unionsvertrags anzusehen ist, wurde der Europäische Binnenmarkt mit dem Zieldatum des 1. Januar 1993 errichtet. Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, aber auch die anderen Ziele der Einheitlichen Europäischen Akte, wie zum Beispiel die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, die gemeinsame Wissenschafts- und Technologiepolitik, vor allem aber die Wirtschafts- und Währungsunion, werden im Unionsvertrag durch konkrete Handlungs-vorschriften und Terminvorgaben operationalisiert. Zu diesem Zweck wurden im Rahmen des Vertrags neue Entscheidungs- und Ausführungsorgane und Beratungsgremien geschaffen, von denen einige auch für die Statistik der EG von Bedeutung sind. Darüber hinaus wurde durch das Vertragswerk der Aufgabenbereich der EG beträchtlich erweitert, insbesondere im Hinblick auf die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, des Gesundheitsschutzes, des Bildungswesens und des Umweltschutzes. Ein weiteres Aufgabengebiet von wachsender Bedeutung ist die Schaffung der infrastrukturellen, rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen, die für die Verwirklichung der Vertragsziele in den Mitgliedstaaten von Bedeutung sind. Damit ist mittel- bis langfristig auch eine Harmonisierung der nationalen Verwaltungs- und Rechtssysteme verbunden, insbesondere in den für die Vollendung des Binnenmarktes relevanten Bereichen.

Haben die Mitgliedstaaten der Gemeinschaftsebene durch den Unionsvertrag in beträchtlichem Maße neue Kompetenzen zugewiesen, so haben sie gleichzeitig das Prinzip der Subsidiarität im Vertrag verankert. Es soll in seiner praktischen Umsetzung gleichsam als Filter gegen einen Regelungsaktionismus auf EG-Ebene wirken, der sich sonst unter Berufung auf den Vertrag entwickeln könnte. Im Zuge der Verhandlungen über die Ratifizierung des Unionsvertrags in den Mitgliedstaaten gewann auch das Prinzip der Transparenz eine besondere Bedeutung. Seine Anwendung zielt insbesondere auf die Beurteilung der Kosten-Nutzen-Relation und der Wirksamkeit der Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene sowie auf die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsgründe und -verfahren der EG.

Vor diesem Hintergrund ist auch für die amtliche Statistik der EG ein wesentlicher Aufgabenzuwachs und ein damit verbundener ständig wachsender Harmonisierungsbedarf zu verzeichnen. Hinzu kommen die Anforderungen im Zuge des Europäischen Wirtschaftsraums, der die EG-Mitgliedstaaten und alle Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) außer der Schweiz umfaßt. Der sich hieraus ergebende statistische Informationsbedarf ist im Statistischen Programm für den Zeitraum 1993 bis 1997 mitberücksichtigt.

Die Entscheidung des Rates über das Statistische Programm der EG für 1993 bis 1997 gibt deshalb folgenden Bereichen Priorität:

- Binnenmarkt,
- Sozialpolitik, wirtschaftlicher Zusammenhalt und Verbraucherschutz,
- Wirtschafts- und Währungsunion,
- Beziehungen zwischen der EG und der übrigen Welt,
- Entwicklung der statistischen Technologien und der Humanressourcen.

Die mehr als 200 im Anhang dieser Ratsentscheidung aufgelisteten Statistikprojekte werden jeweils einem der genannten Prioritätsbereiche zugeordnet; auf der Durchführungsebene erfolgt also zunächst keine eigene Prioritätensetzung. Dies erweist sich angesichts der begrenzten Mittel, die in den Mitgliedstaaten für die Umsetzung des Programms zur Verfügung stehen, als Schwachpunkt und potentieller Konfliktstoff bei künftigen Beratungen über seine Umsetzung.

Inhaltliche Schwerpunkte des Statistischen Programms 1993 bis 1997

Eine Zuordnung der Einzelprojekte des Statistischen Programms zu den Vertragszielen von Maastricht zeigt zwei eindeutige Arbeitsschwerpunkte: den quantitativen und qualitativen Ausbau der primär wirtschaftsstatistischen Informationsgrundlagen für die Vollendung des am 1. Januar 1993 errichteten Binnenmarktes und für die Vorbereitung und Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion. Für die Erreichung dieser beiden Ziele setzt der Vertrag konkrete Fristen und Zieldaten, an denen sich auch die Statistik der EG zu orientieren hat. Die Arbeitsmarkt- und die Sozialstatistiken im weitesten Sinne sind an dritter Stelle zu nennen. Im Rahmenprogramm für die Jahre 1993 bis 1997 geht es vor allem bei letzteren zunächst um die Bestandsaufnahme der in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Statistiken und um die Entwicklung eines harmonisierten Darbietungsrahmens für EG-Zwecke sowie um Arbeiten für eine spätere Harmonisierung der Methoden und Systematiken.

Der Bereich der Landwirtschaft ist weiterhin mit einer beträchtlichen Anzahl von Projekten im Rahmenprogramm vertreten. Hier liegt der Akzent vor allem auf der Bereitstellung von Daten auf einem hohen Harmonisierungsniveau für die Umsetzung der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik. Die Umweltstatistik findet im Rahmenprogramm eine im Vergleich zur Agrar- und zur Wirtschaftsstatistik geringere Berücksichtigung, und die geplanten Projektarbeiten sind grobenteils von konzeptioneller Art. Dies liegt daran, daß die umweltpolitische Koordinierungskompetenz der EG, verglichen mit ihren traditionellen Kompetenzdomänen Agrar- und Wirtschaftspolitik, noch relativ neu ist und daß dieser Statistikbereich sich auch in vielen Mitgliedstaaten noch im Stadium der Entwicklung befindet.

Bei den Projekten zur Schaffung und Harmonisierung der statistischen Infrastruktur der EG läßt weniger die Anzahl der geplanten Vorhaben als vielmehr ihre langfristige Ausrichtung und ihr Umfang auf ihre Bedeutung im Rahmenprogramm schließen. Es handelt sich dabei

in enger Orientierung an den Gemeinschaftspolitiken zur infrastrukturellen und administrativen Vollendung des Binnenmarktes und zur Förderung des Aufbaus transeuropäischer Netze um die Einrichtung von Unternehmensregistern, die alle Wirtschaftszweige umfassen, und um Projekte der elektronischen Datenerfassung, -fernübertragung und -verbreitung sowie der Entwicklung von Kommunikationsstandards in diesem Zusammenhang.

Als letzter, aber im Sinne der Zusammenarbeit auf EG- und europäischer Ebene insgesamt ebenfalls sehr wichtiger Programmbereich ist die Fortbildung europäischer Statistiker und die Kooperation mit den statistischen Ämtern der Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der ehemaligen Sowjetunion zu nennen.

Vollendung des Binnenmarktes

Was die Statistiken für den Binnenmarkt betrifft, so wurden wesentliche Harmonisierungsvoraussetzungen bereits im Rahmen des Statistischen Programms der EG für die Jahre 1989 bis 1992 geschaffen. Die revidierte Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1) und die Liste von Produkten für eine europäische Produktionsstatistik (PRODCOM) in Verbindung mit der EG-weiten jährlichen Produktionserhebung wurden durch Verordnungen des Rates in allen Mitgliedstaaten eingeführt und damit nicht nur die Grundlagen für die Vergleichbarkeit wirtschaftsstatistischer Daten im engeren Sinne, sondern auch für die Harmonisierung sozialpolitisch wichtiger Statistiken wie zum Beispiel der Arbeitskräfteerhebung, der Lohn- und Gehaltsstatistiken und der Arbeitskostenstatistik hergestellt. Hinzu kommt als Bindeglied die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA), die im wesentlichen ebenfalls im Rahmen des vorhergehenden Mehrjahresprogramms erarbeitet wurde. Das Rahmenprogramm für die Jahre 1993 bis 1997 sieht nun die stufenweise Anpassung der Erhebungssysteme in den Mitgliedstaaten an die neuen Klassifikationen vor. Gleichzeitig werden in Bereichen mit neuem oder erhöhtem Harmonisierungsbedarf weitere methodische und definitorische Standards erarbeitet, die zu einer besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus den Mitgliedstaaten führen und mittelfristig verbindlich eingeführt werden sollen. Für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der EG wurden einheitliche Bezeichnungen und Definitionen für bestimmte statistische Einheiten per Verordnung verbindlich festgelegt, um kohärente einzelstaatliche und gemeinschaftliche Statistiken im Anwendungsbereich zu gewährleisten. Weitere Maßnahmen sind zum Beispiel für die Dienstleistungsstatistiken, den Bereich Verkehr und Tourismus, die Bildungsstatistiken, die Gesundheitsstatistiken und die Statistiken über Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte vorgesehen.

Zur Vollendung des Binnenmarktes benötigt die EG vergleichbare Daten über die Struktur und Produktion des Unternehmenssektors in den Mitgliedstaaten, über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung einschließlich ihres Bildungsstandes und ihrer beruflichen Qualifikation sowie über den Handel mit Waren

und Dienstleistungen innerhalb der EG und mit Drittländern. Bei den Unternehmensstatistiken liegt der Arbeitsschwerpunkt auf der Schaffung einer leistungsfähigeren, dem erhöhten Informationsbedarf angepaßten Erhebungs- und Berichtsinfrastruktur und auf dem Aufbau eines kohärenten Berichtssystems, das einerseits hochaktuelle Konjunkturdaten ermittelt, und das andererseits die Beobachtung struktureller Veränderungen im Detail, das heißt in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und auf regionaler Ebene, ermöglicht. Hierzu gehört auch die Lieferung detaillierter Informationen über die Struktur und Produktion kleiner und mittlerer Unternehmen, die in einigen Mitgliedstaaten einen großen Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung haben und in Hinblick auf das Entstehen moderner Dienstleistungsbereiche und innovativer Technologieanwendungen oft von großer Bedeutung sind.

Beim Dienstleistungssektor, der im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe noch immer unter einem statistischen Informationsdefizit leidet, werden im Rahmen des Statistischen Programms für die Jahre 1993 bis 1997 die methodischen Arbeiten weitergeführt, die auch die Erfassung der nicht marktbestimmten Dienstleistungen sowie verschiedener weiterer Bereiche, wie zum Beispiel Dienstleistungen im Finanz- und Versicherungssektor und audiovisuelle Dienstleistungen, berücksichtigen.

Der bisherige Eckstein der sozialstatistischen Berichterstattung auf Gemeinschaftsebene, die Arbeitskräfteerhebung, die in Deutschland in Verbindung mit dem jährlichen Mikrozensus durchgeführt wird, hat die Bevölkerung und ihre Beteiligung am Erwerbsleben zum Gegenstand. Ihre Ergebnisse lassen nur in eingeschränktem Umfang Schlüsse auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung zu, da die Erwerbssituation nur ein Faktor ihrer sozioökonomischen Lage ist. Zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und zum Abbau regionaler Disparitäten in der EG werden in Zukunft wesentlich ausführlichere Daten benötigt, die ein breiteres Inhaltsspektrum abdecken. Dazu gehören harmonisierte Statistiken über Löhne und Gehälter, über Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte ebenso wie Statistiken über die schulische und berufliche Bildung, über Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle und über Inanspruchnahme und Leistungen der unterschiedlichen Sozialschutzsysteme in den Mitgliedstaaten.

In all diesen Bereichen sieht das Rahmenprogramm zunächst die Sammlung und Bereitstellung der in den Mitgliedstaaten verfügbaren Ergebnisse, die Analyse der Aussagefähigkeit und Vergleichbarkeit dieser Daten auch im Hinblick auf Indikatoren für EG-Zwecke und die Erarbeitung einheitlicher Systematiken und Methoden vor, die mittel- bis langfristig in den Mitgliedstaaten eingeführt werden. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die Forderung nach kleinräumlicher Darstellung der Ergebnisse in flexiblen Auswertungsprogrammen, welche die EG durch zunehmende Anforderung von Einzeldaten bei den Mitgliedstaaten zu erfüllen sucht. Der Forderung von Einzeldaten sind nach dem geltenden Verständnis des Arbeitschnittes zwischen Eurostat und den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten jedoch Grenzen gesetzt, die, auch unter dem Aspekt des Subsidiaritäts-

prinzips, nicht ohne zwingende Notwendigkeit durchbrochen werden sollten.

War die Schaffung der nomenklatorischen, methodischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Umstellung der Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten auf die neuen Erhebungsbedingungen und Berichtsziele des Binnenmarktes ab dem 1. Januar 1993 ein Schwerpunkt des Rahmenprogramms für die Jahre 1989 bis 1992, so ist die fristgemäße Durchführung der Intrahandelsstatistik als Direkterhebung auf der Basis eines mit Hilfe der Finanzverwaltung geschaffenen und vierteljährlich zu aktualisierenden Unternehmensregisters eine Herausforderung, der sich alle statistischen Ämter zu Beginn des Rahmenprogramms für die Jahre 1993 bis 1997 zu stellen haben. Die statistische Erfassung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten bleibt jedoch ohne eine angemessene Berücksichtigung des Dienstleistungsbereichs unvollständig. Dabei gewinnt gerade der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes immer größere Bedeutung. Die im Rahmenprogramm für die Jahre 1993 bis 1997 geplanten Arbeiten stützen sich auf die überarbeiteten und ergänzten Methodiken und Systematiken der Dienstleistungsstatistik und stehen in engem Zusammenhang mit der Zahlungsbilanzstatistik.

Im Rahmen der Vollendung des Binnenmarktes besteht ein enger logischer Zusammenhang zwischen den Handelsstatistiken im Waren- und Dienstleistungssektor und dem Bereich der Verkehrs- und Tourismusstatistiken. Die Harmonisierung des einen Bereichs hat die Vereinheitlichung der Systematiken und Methoden des anderen Bereichs zur Folge. Anders als bei den sogenannten modernen Dienstleistungen können hierbei die Arbeiten auf Gemeinschaftsebene in gewissem Maße auf die in den Mitgliedstaaten existierenden Statistiken und, zumindest was die Tourismusstatistiken angeht, auf nomenklatorische Vorarbeiten im Rahmen der Welttourismusorganisation (WTO) zurückgreifen. Mit ihren Plänen, die Verkehrsstatistiken auf der Basis einer sektoralen Rechtsgrundlage zu harmonisieren, verfolgt die Kommission eine auch in anderen Statistikbereichen erkennbare Strategie, die aus der Sicht der Mitgliedstaaten auf grundsätzliche Bedenken stößt, obwohl gegen die fachlich-inhaltlichen Ziele derartiger sektoraler Rechtsakte in der Regel keine Einwände zu erheben sind. Die grundsätzlichen Vorbehalte richten sich gegen Bestrebungen der Kommission, ganze Statistikbereiche durch sektorale Rahmenrechtsakte von relativ allgemeinem Inhalt abzudecken und sich in diesen Rechtsakten zur Regelung spezifischer Punkte das Instrument der Kommissionsverordnung vorzubehalten, die keiner Verabschiedung durch den Rat bedarf. Angesichts der nicht überschaubaren Folgen für die nationalen Budgets und der Belastung der Auskunftgebenden, die sich aus der Umsetzung von Kommissionsverordnungen ergeben könnten, dürften solche Rechtsakte bei den meisten Mitgliedstaaten keine Zustimmung finden.

Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die im Vertrag von Maastricht vorgesehene Wirtschafts- und Währungsunion soll in drei zeitlich termi-

nierten Phasen erreicht werden. Mit jeder Phase sind genau festgelegte Maßnahmen und Evaluierungskriterien zur Zielerreichung dieser Maßnahmen verbunden. Aus diesen Evaluierungskriterien, die durchweg einen quantitativen Charakter haben, leitet sich der direkte Auftrag an die Statistik der EG ab. Sie hat damit eine Funktion von entscheidender politischer Tragweite zu erfüllen, die für das Selbstverständnis der amtlichen Statistik nicht unproblematisch ist.

Die vier Konvergenzkriterien nach Art. 109j des Unionsvertrag bedürfen eines Meßinstrumentariums, das die Statistik der EG im Rahmen harmonisierter Preisindizes, harmonisierter Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken und eines EG-weit einheitlichen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) zu entwickeln hat. Diese Aufgabe beansprucht einen wesentlichen Anteil am Gesamtvolumen der Projekte des Rahmenprogramms einschließlich der zur Verfügung stehenden Mittel und Kapazitäten auf Gemeinschaftsebene und in den Mitgliedstaaten.

Die Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes setzt am Inhalt und an den Berechnungen an, die in den einzelnen Mitgliedstaaten Unterschiede aufweisen. Da auch die Verwendungszwecke der Verbraucherpreisindizes auf nationaler Ebene verschieden sind – in einigen Mitgliedstaaten besteht ein Automatismus zwischen den Tarifentwicklungen in bestimmten Bereichen und der Entwicklung des Preisindex –, bestehen gewisse Widerstände gegen eine Harmonisierung auf EG-Ebene und eine Übernahme dieses harmonisierten Preisindex auf die nationale Ebene. Andererseits kann die Aufrechterhaltung eines parallelen Preisindexsystems jeweils für EG- und nationale Zwecke mittel- bis langfristig schon aus Gründen der Klarheit und Eindeutigkeit keine Lösung sein. Daher wird vorgeschlagen, für EG-Zwecke einen eigenen, voll harmonisierten Verbraucherpreisindex zu berechnen, der die nationalen Preisindizes der Lebenshaltung zunächst nur ergänzt und erst später eventuell einmal ablöst.

Was die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken betrifft, so werden im Rahmen des Mehrjahresprogramms, ausgehend von den in den Mitgliedstaaten bestehenden statistischen Erfassungssystemen, harmonisierte Methoden erarbeitet und fristgemäß angewandt. Diese Arbeiten fallen primär in die Zuständigkeit der Zentralbanken der Mitgliedstaaten, sie müssen jedoch in enger Abstimmung mit dem ESVG durchgeführt werden, dessen konzeptioneller und definitorischer Rahmen auch für die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung verbindlich ist und damit die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken unmittelbar beeinflusst.

Die Arbeiten im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in den nächsten Jahren von der grundlegenden Revision des ESVG, die konzeptionell in voller Übereinstimmung mit dem revidierten System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA von 1993) durchgeführt wird, geprägt sein. Das SNA ist im Februar 1993 auf UN-Ebene verabschiedet worden. Dabei geht es vor allem darum, den speziellen Informationsbedarf für Gemeinschaftszwecke, an dem das ESVG ausgerichtet ist, in den vom revidierten SNA vorgegebenen Rahmen

einzupassen und Lösungen für einige noch offene konzeptionelle Fragen zu finden, die sowohl praktikabel als auch theoretisch vertretbar sind und dem Informationsbedarf der EG genügen.

Gleichzeitig müssen die Arbeiten zur Harmonisierung der Sozialproduktberechnungen gemäß der Sozialproduktrichtlinie vorangetrieben werden. Nachdem die Mitgliedstaaten ausführliche Methodenbeschreibungen erstellt haben, werden die Sozialproduktberechnungen auf ESVG-Kompatibilität und auf Vollständigkeit der Erfassung von der Kommission und dem Sozialproduktverwaltungsausschuß geprüft. Dabei geht es zum einen um eine einheitliche Interpretation und Anwendung der ESVG-Regeln insbesondere bei den schwierig zu erfassenden Vorgängen, wie beispielsweise der Eigennutzung von Wohnungen und zum anderen um eine vollständige Einbeziehung der „Schattenwirtschaft“, also derjenigen Wirtschaftsaktivitäten, die laut ESVG einzubeziehen sind, sich aber einer regelmäßigen statistischen Erfassung weitgehend entziehen. Hier werden Erfassungs- und Schätzmethode entwickelt, die es nach der sehr ehrgeizigen Zielsetzung Eurostats bis Ende 1994 erlauben sollen, die „Schattenwirtschaft“ nach einheitlichen Verfahren in die Sozialproduktberechnung einzubeziehen.

Das ESVG bietet gleichzeitig die konzeptionelle Basis für die Berechnung der Konvergenzkriterien Finanzierungsdefizit, Investitionen und Schuldenstand des Staates. Die Finanzstatistik der Mitgliedstaaten ist nicht harmonisiert, so daß das ESVG als eine gemeinsame Ausgangsbasis gelten kann. Da sich die zu liefernden Daten nicht nur auf abgelaufene Zeiträume, sondern auch auf Pläne beziehen, müssen die Übergänge von der Finanzstatistik der einzelnen Mitgliedstaaten zu den ESVG-Konzepten hergestellt werden, so daß sowohl Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung wie auch aus der Finanzstatistik für diesen Zweck verwendet werden können. Da das ESVG mit Ausnahme der sozialproduktrelevanten Teile gegenwärtig noch nicht verbindlich vorgeschrieben ist, wird es sicherlich notwendig sein, die Einhaltung der ESVG-Regeln in den einzelnen Mitgliedstaaten auch bezüglich der für den Sektor Staat ausgewiesenen Daten einschließlich der Abgrenzung dieses Sektors zu überprüfen. Die Verbindlichkeit der in Frage kommenden Regeln, das Lieferprogramm und die Liefertermine sollen in einer eigenen Verordnung des Rates festgelegt werden.

Die nach dem ESVG berechneten Ergebnisse werden im Europäischen Binnenmarkt und für die Wirtschafts- und Währungspolitik der EG erhöhte Bedeutung erlangen. Gegenwärtig leidet eine harmonisierte, möglichst aktuelle Berichterstattung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darunter, daß national – wie auch in Deutschland – die Regeln des ESVG nicht in vollem Umfang angewandt werden. Das wird sich im Hinblick auf die verwendeten Klassifikationen spätestens ab 1995 bessern, wenn die NACE Rev. 1 auch national den Wirtschaftsstatistiken zugrundegelegt werden muß. Eine volle Harmonisierung auf europäischer Ebene könnte aber erst erreicht werden, wenn das ESVG als Ganzes per Rechtsakt auch für die nationalen

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgeschrieben wird. Tatsächlich gibt es bei der Kommission Pläne in diese Richtung. Allerdings müßte dann der Vorteil der besseren europäischen Vergleichbarkeit der Daten mit dem Nachteil erkauft werden, daß bestimmten nationalen Anforderungen nicht mehr in gleichem Ausmaß Rechnung getragen werden könnte.

Beratungsgremien und Entscheidungsverfahren zur Umsetzung des Rahmenprogramms

Seit der Verabschiedung des Rahmenprogramms für die Jahre 1989 bis 1992 sind drei wichtige Ausschüsse geschaffen worden, deren Aufgabe es ist, die Kommission in Fragen des Statistischen Programms der EG zu beraten: der Ausschuß für das Statistische Programm (ASP), der Ausschuß für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (AWFZ) und der Europäische Beratende Ausschuß für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES). Während in den beiden erstgenannten Ausschüssen die Statistikproduzenten, also die statistischen Ämter auf Amtsebene, bzw. im AWFZ die Zentralbanken der Mitgliedstaaten, vertreten sind, dominieren im CEIES die Nutzer statistischer Daten. Gemäß ihres Mandats geben die genannten Ausschüsse ihre Stellungnahmen zu dem von der Kommission vorgelegten Entwurf des Rahmenprogramms ab. Die Stellungnahmen sind allerdings für die Kommission nicht bindend. Im Rahmen des Beratungsverfahrens über das Statistische Programm für die Jahre 1993 bis 1997 nahm erstmalig auch das Europäische Parlament zu den Vorschlägen der Kommission Stellung.

Das ausführliche und formale Beratungsverfahren, das der Verabschiedung eines Statistischen Rahmenprogramms der EG vorgeschaltet ist, zeigt einmal mehr, welche Bedeutung diesem Programm aus Kommissionssicht zukommt. Sein Katalog mit mehr als 200 Programmmaßnahmen beruht in erster Linie auf den Informationsanforderungen der Generaldirektionen der Kommission, welche die politische Zuständigkeit für die verschiedenen statistischen Fachbereiche haben. Eurostat hat als Generaldirektion mit Dienstleistungsfunktionen für die EG zunächst den Auftrag, diese Informationsanforderungen gegenüber den Mitgliedstaaten zu vertreten und ihre Erfüllung zu koordinieren. Dies schließt eine eigenständige Prioritätensetzung durch Eurostat im Grunde aus. Da jedoch mehr als 95% der Kosten für die Umsetzung des Rahmenprogramms in den Mitgliedstaaten entstehen und von ihnen auch getragen werden müssen, war im bisher üblichen Beratungsverfahren über das Statistische Programm der EG bereits ein gewisser Interessenkonflikt im Ansatz vorgegeben.

In der Bundesrepublik Deutschland ist gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung zur Einheitlichen Europäischen Akte neben der Bundesebene, vertreten durch die fachlich zuständigen Ministerien, auch der Bundesrat in die Beratungen über das Statistische Rahmenprogramm eingeschaltet, da die Bundesländer wesentlich an der Umsetzung der geplanten Programmmaßnahmen beteiligt sind.

Die vergleichsweise lange Beratungsdauer für das Statistische Programm für die Jahre 1993 bis 1997

resultierte aus dem relativ starken Verbindlichkeitscharakter, der dem ersten von der Kommission vorgelegten Entwurf zu eigen war, und aus den starken Bedenken seitens der Mitgliedstaaten bezüglich der damit auf sie zukommenden Haushalts- und Kapazitätsbelastungen.

Im Laufe der ausführlichen Diskussionen in den Ausschüssen und auf Ratsebene im Vorfeld der Verabschiedung der Rechtsakte über das Statistische Rahmenprogramm der EG für die Jahre 1993 bis 1997 erfuhr der Entwurf, den die Kommission eingebracht hatte, einige wesentliche Änderungen, die durchweg auf Initiative der Mitgliedstaaten zustandekamen und vor allem den Prinzipien der Subsidiarität und der Transparenz Rechnung tragen. Die auch für die Zukunft des Statistischen Systems der EG wichtigsten Fortschritte, die in diesem Zusammenhang erzielt und in der Entscheidung des Rates über das Statistische Rahmenprogramm für die Jahre 1993 bis 1997 verankert wurden, sind:

- die regelmäßige Erstellung von statistischen Jahresprogrammen als Leitlinien für die Durchführung des Rahmenprogramms, zu denen der ASP in beratender Funktion Stellung nimmt;
- die Erweiterung der Kompetenzen des ASP. Dem ASP wird in Verbindung mit Entscheidungen über statistische Einzelmaßnahmen von zeitlich und aufwandsmäßig begrenztem Umfang, die durch Kommissionsverordnungen angeordnet werden sollen, die Funktion eines Regulierungsausschusses gemäß Verfahren III, Variante B des Komitologiebeschlusses übertragen;
- die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Beratung des Jahresprogramms und zur Koordinierung und Abstimmung der fachlichen Stellungnahmen aus den Mitgliedstaaten im Vorfeld der Beratungen des ASP.

Im Zuge der Beratungen über das Statistische Rahmenprogramm für die Jahre 1993 bis 1997 wurde auch

vereinbart, daß die statistischen Jahresprogramme in Zukunft dem ASP jeweils zu seiner Maisitzung quasi in erster Lesung vorgelegt werden. Die fachliche Beratung und Abstimmung der Stellungnahmen zu den für das folgende Jahr vorgesehenen Projekten im Rahmen der neuen Arbeitsgruppe „Statistisches Programm der Gemeinschaft“ soll dann im Laufe des Sommers und Frühherbstes erfolgen, so daß dem ASP rechtzeitig zur zweiten Lesung des statistischen Jahresprogramms im November die Ergebnisse der Beratungen der Arbeitsgruppe als Empfehlungen vorgelegt werden können, über die er dann in seiner abschließenden Stellungnahme zum statistischen Jahresprogramm entscheidet. Eine weitere Vereinbarung betrifft die Standardisierung der Projektbeschreibungen im Rahmen der Jahres- und Mehrjahresprogramme. Sie bilden die Grundlage für organisatorische Planungen und Haushaltsvorkehrungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und müssen deshalb zumindest im statistischen Jahresprogramm so detailliert dargestellt werden, daß grobe Kosten- und Kapazitätsschätzungen, eine Einschätzung der Belastung der Auskunftspflichtigen und – darauf beruhend – Kosten-Nutzen-Erwägungen angestellt werden können. Diese Grundinformationen sind gerade angesichts der begrenzten Mittel, die in den Haushalten der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, von großer Bedeutung.

Die Regelungen der Ratsentscheidung über das Statistische Rahmenprogramm für die Jahre 1993 bis 1997 in Verbindung mit den Vereinbarungen über Modalitäten der Abstimmung und Entscheidungsfindung über statistische Rahmen- und Jahresprogramme dürften somit eine gute Grundlage für eine verstärkte Mitarbeit der statistischen Ämter bei der Gestaltung der Statistik auf Gemeinschaftsebene bieten.

Diplom-Soziologin Waltraud Moore,
Statistisches Bundesamt

Haushaltspanel 1994 bis 1996

Neue Aufgabe für die amtliche Statistik

Die Entscheidung für ein Haushaltspanel in den Mitgliedsländern der EU – es handelt sich um eine besondere Art einer Erhebung – geht auf eine Initiative der europäischen Kommission zurück. Im Rahmen eines gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung benachteiligter Gruppen erfolgte bereits für den Zeitraum 1987 bis 1989 eine vergleichende Untersuchung bestehender Haushaltspanels in den Mitgliedstaaten. Die Vorbereitungen für das EU-weite Haushaltspanel begannen bereits 1989, als das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) externe Sachverständige beauftragte, die Machbarkeit einer Haushaltspanelbefragung zu überprüfen. Wegen der Verschiedenartigkeit der nationalen Haushaltspanels kamen die Sachverständigen zu dem Schluß, daß die vorhandenen Haushaltspanels nicht als Grundlage für ein entsprechendes EU-Vorhaben dienen können.

Um zu brauchbaren Vergleichsdaten u.a. über Einkommen und Verbrauch, Armut und soziale Ausgrenzung zu kommen, nutzt Eurostat bereits nationale Haushaltsbudgeterhebungen und sonstige vorhandene Erhebungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Da diese Erhebungen an den Bedürfnissen des jeweiligen Landes ausgerichtet sind, weist die Vergleichbarkeit zum Teil starke Mängel auf. Es fehlen teilweise Daten, die auf nationaler Ebene von untergeordneter Bedeutung, auf EU-Ebene jedoch von besonderem Interesse sind. Um wirklich zuverlässige und vergleichbare Daten für den speziellen Bedarf der Kommission auch im Hinblick auf die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes zu erhalten, schien eine Gemeinschaftserhebung mit einem einheitlichen Fragenkatalog, so wie von den Sachverständigen empfohlen, der wohl einzig gangbare Weg.

Dementsprechend wurde das Haushaltspanel als umfassende europäische Haushaltsbefragung für die

Bereiche Einkommen, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Bildung, Wohnung, Bevölkerungsbewegungen, um nur die wichtigsten zu nennen, konzipiert. Die Ergebnisse dieser Erhebung sollen zeigen, wie sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger durch den europäischen Binnenmarkt verändern. Auch erlaubt diese Untersuchung länderübergreifende Vergleiche. Das Ziel dieses Panels ist die Schaffung einer umfassenden Datenquelle, aus der in erster Linie Informationen zu den persönlichen sowie den Haushaltseinkommen, der Arbeitsmarktsituation und zur sozialen Sicherung in der EU entnommen werden können. Diese Informationen gelten als unverzichtbar für die Entscheidungsträger auf nationaler und auf europäischer Ebene, um Veränderungen der sozialökonomischen Bedingungen in der Gemeinschaft als Folge der Öffnung der Grenzen verfolgen zu können.

Warum ein Panel?

Nach der grundsätzlichen Entscheidung für eine gemeinsame Erhebung in der EU mit einem einheitlichen Fragenkatalog in allen Mitgliedsländern stellte sich die Frage nach der Art der Erhebung. Um die Entwicklungen im Zeitverlauf beobachten zu können, bot sich als Erhebungsform das Panel an. Im Gegensatz zu den sonst üblichen Befragungen für einen bestimmten Zeitpunkt oder -raum werden hierbei dieselben Haushalte und Personen zu denselben Themen zu verschiedenen Zeitpunkten befragt. Diese Technik ermöglicht es, tatsächliche Veränderungen von Sachverhalten im Zeitablauf zu erfassen. Werden dagegen zu verschiedenen Zeitpunkten jeweils andere Personen befragt, so sind lediglich Veränderungen in der Summe aller Befragten zu erkennen. So kann beispielsweise mittels einer Panelerhebung untersucht werden, wie eine Veränderung des Einkommens durch eine politische Entscheidung oder aber auch als Folge eines gravierenden Einschnitts in das Leben des Einzelnen (berufliche Veränderung, Umzug in eine andere Region oder ein anderes Land, Heirat, Scheidung, Tod des Ehegatten, Auszug der Kinder aus der elterlichen Wohnung usw.) sich auf die Einzelperson oder den Haushalt auswirkt. Gleichzeitig wird das Haushaltspanel, indem es dynamische Informationen zu den Einkommen sowie dem Lebensstandard erfaßt, eine wichtige statistische Informationsquelle zu Fragen der Dauerarmut und der sozialen Ausgrenzung sein.

Das Haushaltspanel bildet Veränderungen auf der Ebene einzelner Personen statt auf der Ebene von Gruppen ab. Zum Beispiel können die Schulabgänger eines Jahres im zweiten und im dritten Jahr nach dem Werdegang befragt werden.

Das Haushaltspanel ist jedoch nicht nur für die Analyse der Übergangsphase von Schule und Beruf für die Einschätzung der Wirksamkeit der Berufsbildungspolitik geeignet, sondern erfaßt auch Informationen zu den Übergängen zwischen Berufstätigkeit und Ruhestand, Arbeitslosigkeit und Arbeitsaufnahme, Arbeit und Invaliddität sowie Arbeit und Sozialfürsorge. Dementsprechend soll das Panel ausdrücklich auch die Auswirkungen der Gemeinschaftspolitik in den Bereichen Ruhestandsregelungen, Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit verfolgen.

Erhebungsorganisation

Die Ergebnisse der Datenbedarfsermittlung gehen in die Erstellung eines Fragebogens ein, der in erster Linie auf die Bereiche Einkommen und Arbeitsmarkt gerichtet ist, jedoch auch die Gebiete Chancengleichheit, Gesundheit, Schul- und Berufsausbildung und Bevölkerungsbewegungen berücksichtigt.

Zwölf nationale Datenerhebungsstellen, in der Regel die statistischen Ämter, nehmen in den EU-Mitgliedsländern die Erhebung vor. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch zwölf nationale Forschungseinheiten, die von der mit Eurostat unter Vertrag stehenden Universität von Tilburg koordiniert werden. An der Spitze der Organisation befindet sich die von Eurostat geführte Development Group, die die alleinige Entscheidungsbezugnis in Sachen Haushaltspanel hat. Der Development Group gehören die Koordinatoren der nationalen Stellen von Statistik und Wissenschaft, zwei Berater mit umfangreichen Erfahrungen im Bereich von Haushaltserhebungen und speziell von Panelerhebungen, ein Informatiker, der bei Eurostat eine zentrale benutzerfreundliche Haushaltspanel-Datenbank aufbaut, sowie weitere Beamte von Eurostat an.

Für Deutschland ist das Statistische Bundesamt für die Erhebung federführend. Die Feldarbeit wird von den statistischen Landesämtern übernommen, die auch die Stichprobe ziehen, die Interviewer auswählen und schulen, den Kontakt zu den Haushalten pflegen und erste Plausibilitätskontrollen in den Erhebungspapieren vornehmen. Die wissenschaftliche Begleitung der Erhebung erfolgt hier durch die Projektgruppe „Sozioökonomisches Panel“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

10 000 Haushalte für Deutschland

Das Haushaltspanel erfolgt zunächst in jährlichem Abstand für 1994, 1995 und 1996, wobei die erste Phase voraussichtlich im Mai 1994 stattfinden wird. Die nationale gesetzliche Grundlage hierfür ist der § 7 des Bundesstatistikgesetzes, nach dem eine Erhebung ohne Auskunftspflicht angeordnet werden kann. Europaweit werden über 75 000 Haushalte teilnehmen, in Deutschland rund 5 000, darunter ca. 250 in Rheinland-Pfalz. Sollten diese Testerhebungen erfolgreich abgeschlossen werden, dürfte das Haushaltspanel zum festen Bestandteil des europäischen statistischen Programms werden.



Bruttostichprobe und tatsächliche Teilnahme an der Piloterhebung im Januar/Februar 1993

Bundesland	Haushalte in Bruttostichprobe	Auswahlbezirke	gültig teilnehmende Haushalte	Teilnahmebereitschaft
	Anzahl			%
Baden-Württemberg	154	16	40	26
Bayern	189	22	43	23
Brandenburg	51	7	25	49
Hessen	97	13	21	22
Nordrhein-Westfalen	305	33	86	28
Rheinland-Pfalz	70	8	26	37
Zusammen	866	99	241	28

Das gesamte Projekt wurde in Deutschland unter das Motto „Menschen in Europa“ gestellt. Dazu wurde das auf Seite 34 abgebildete Logo entwickelt.

Piloterhebung ebnete den Weg

In einer zweistufigen Piloterhebung wurde im Jahre 1993 das Haushaltspanel europaweit vorbereitet. Stichprobenziehung, Fragenkatalog, Ablauforganisation, Feldarbeit durch Einsatz von Interviewern und der Arbeitsschnitt zwischen Eurostat, Statistischem Bundesamt und den statistischen Landesämtern wurden durch Erhebungen bei einer begrenzten Zahl von Haushalten im Januar/Februar sowie Oktober/November 1993 erprobt. Diese Piloterhebung verlief erfolgreich. In Deutschland waren 6 Bundesländer daran beteiligt, darunter auch Rheinland-Pfalz. Bundesweit nahmen 241 Haushalte mit 489 Personen, die 16 Jahre und älter waren, an der ersten Befragung im Januar/Februar 1993 teil. In Rheinland-Pfalz waren es 26 Haushalte mit 60 Personen. Nach Zuzug von 2 Haushalten aus einem anderen Bundesland sowie einer Haushaltsneugründung beteiligten sich an der zweiten Befragungswelle im Oktober/November 1993 in Rheinland-Pfalz 29 Haushalte mit 68 Personen.

Mitwirkungsbereitschaft in Deutschland unterdurchschnittlich

In Deutschland wurden 866 Haushalte um ihre Mitwirkung bei der Piloterhebung gebeten. Davon waren lediglich 241 zur Teilnahme bereit. Nach den vergleichsweise strengen deutschen Datenschutzbestimmungen durften nur anonymisierte Einzeldaten dann an Eurostat weitergeleitet werden, wenn der Auskunftserteilende seine Zustimmung dazu gegeben hatte. Da 29 Haushalte die Zustimmung zur Weiterleitung verweigerten, errechnete sich für Deutschland letztlich eine Teilnahmequote von unter 25 %. Für Rheinland-Pfalz erreichte die Teilnehmerquote immerhin 37 %. Hier verweigerte keiner das Einverständnis zur Weiterleitung seiner anonymisierten Daten an Eurostat.

Die europaweite Teilnahmebereitschaft lag bei durchschnittlich 55 %, wobei Länder wie Italien (83 %), Frankreich (77 %), Portugal (75 %), das Vereinigte Königreich (65 %) und Dänemark (61 %) sehr hohe Quoten aufwiesen. Unter dem Durchschnitt, aber noch

deutlich über Deutschland, lagen Irland (53 %), Belgien (46 %), Luxemburg (45 %), Spanien (40 %) und die Niederlande (39 %). Außer in Deutschland konnten die Angaben der Haushalte von allen Ländern ohne ausdrückliche Zustimmung an Eurostat weitergeleitet werden. Eines der wichtigsten Ziele für die einheitliche Erhebung 1994 bis 1996 muß es daher in Deutschland sein, die Bereitschaft der Haushalte zur Mitwirkung durch Aufklärung und entsprechende Werbemaßnahmen deutlich zu erhöhen.

Um den Zielvorgaben des Panels gerecht zu werden und fundierte Ergebnisse über die eingangs genannten Themenkomplexe zu erhalten, ist ein umfangreicher Erhebungskatalog vonnöten. Die Erhebungsunterlagen der Piloterhebung bestanden daher aus drei verschiedenen Formularen. Mittels des **Haushaltsregisters** wurden die Grunddaten wie Adresse des Haushalts sowie Vorname, Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit usw. der einzelnen Haushaltsmitglieder festgehalten. Das Haushaltsregister ist also das zentrale Erhebungsinstrument eines Panels, denn die Strukturdaten werden über alle Panelwellen fortgeschrieben, um Veränderungen aufzuzeigen. Mit dem **Haushaltsfragebogen** wurden Basisinformationen über den Haushalt wie die Wohnsituation, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern und die wirtschaftliche Situation gesammelt. Der **Personenfragebogen**, der nur für Haushaltsmitglieder, die 16 Jahre oder älter waren, vorgesehen war, lieferte Informationen über die einzelnen Personen wie gegenwärtige Lebenssituation, Beteiligung am Erwerbsleben, Einkommensverhältnisse oder Gesundheit.

Ausblick

Die Auswahl der Haushalte war bei der Piloterhebung in Rheinland-Pfalz zum einen lediglich auf einen Regierungsbezirk beschränkt und zum anderen wurde versucht, alle Haushalte eines Auswahlbezirkes zur Mitwirkung zu gewinnen. Dies führte zu einem Klumpungseffekt, was im Rahmen der Piloterhebung vertretbar und aus Kostengründen wünschenswert war. Dagegen wird die demnächst für die eigentliche Erhebung notwendige Stichprobe, deren Basis eine Vorratsstichprobe des Mikrozensus ist, im ganzen Land gezogen und pro Auswahlbezirk wird nur ein Haushalt in die Erhebung aufgenommen.

Diplom-Betriebswirt (FH) Ewald Braun

Die reformierte Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfe im System der sozialen Sicherung

Nach der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ist in der Bundesrepublik Deutschland ein soziales Netz aufgebaut worden, das die allgemeinen Lebensrisiken absichert und sozial schwache oder in Not geratene Personen unterstützt, um allen ein angemessenes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dazu stehen zahlreiche Instrumente zur Verfügung, zu denen z. B. die Sozialversicherungen (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) und weitere Leistungen wie Wohn-, Kinder- oder Familiengeld sowie Jugend- und Sozialhilfe zählen.

Die Aufgabe der Sozialhilfe besteht gemäß § 1 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) darin, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben, wobei der Betroffene nach seinen Kräften mitwirken muß. Die Sozialhilfe umfaßt die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) und kann als Darlehen oder als Zuschuß gewährt werden. Ein Bedürftiger hat einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfeleistungen, deren Berechnung vorhandenes Einkommen und Vermögen berücksichtigt. Dabei gilt insbesondere der Nachrang der Sozialhilfe, d.h. Unterstützung erhält nicht, wer sich selbst helfen kann oder wem die erforderliche Hilfe von anderen, besonders von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, gewährt werden kann.

Mit ihrem breiten Spektrum an Hilfsmöglichkeiten, das von regelmäßigen finanziellen Unterstützungen über Pflegegeld oder Blindenhilfe bis zu Kleidungszuschüssen reicht, kommt der Sozialhilfe eine zentrale Bedeutung im System der sozialen Sicherung zu.

Die Grundlagen der Sozialhilfestatistikreform

Um Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit Einblick in die staatliche Sozialhilfegewährung zu geben, werden Sozialhilfeleistungen statistisch erfaßt. Die Ergebnisse enthalten Angaben über die Empfänger sowie die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe. Im Zuge der Neustrukturierung des Sozialhilferechts haben sich ebenfalls Konsequenzen für die Statistik ergeben. Die rechtliche Umsetzung erfolgte mit der Änderung des Bundessozialhilfegesetzes durch das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG) vom 23. Juni 1993. Das bisherige Konzept dieser Statistik, das seit 30 Jahren nahezu unverändert angewendet wurde, war zunehmend kritisiert worden und konnte dem erhöhten politischen Interesse an der Sozialhilfe nicht mehr gerecht werden. Insbesondere wichtige aktuelle sozialpolitische Fragestellungen konnten nur unzureichend beantwortet werden. Anliegen der Reform dieser Statistik ist eine Steigerung der Aktualität der Ergebnisse sowie eine Verbesserung des Erhebungskatalogs.

Nach der bisherigen Rechtslage erhielten Asylbewerber eine Unterstützung nach dem Bundessozialhilfegesetz. Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber (AsylbLG) vom 30. Juni 1993 wurde dieser Personenkreis aus der Sozialhilfe herausgenommen. Hierüber wird von 1994 an eine neue Statistik geführt (§ 12 AsylbLG).

Das Berichtssystem der Sozialhilfestatistik

Das Berichtssystem besteht weiterhin aus einer Statistik der Ausgaben und Einnahmen und einer Statistik der Empfänger. Die reformierte Empfängerstatistik gliedert sich wiederum in drei inhaltlich getrennte Teilerhebungen mit jeweils eigenen Erhebungsverfahren und für zum Teil unterschiedliche Berichtszeiträume bzw. -zeitpunkte. Dabei handelt es sich um die Erhebungen über die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die Kurzeitempänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und die Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen. Während die Statistik über die Kurzeitempänger neu in das Berichtssystem aufgenommen wurde, sind die anderen beiden Teilstatistiken modifiziert worden. Im Mittelpunkt der Reform stehen die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Dieser Personenkreis umfaßt etwa zwei Drittel aller Sozialhilfeempfänger. Die Träger wendeten hierfür 1992 über 700 Mill. DM (fast 40% der Gesamtausgaben) auf.

Meldung der Sozialhilfedaten

Auskunftspflichtig für diese Erhebungen sind die zuständigen örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe. In Rheinland-Pfalz ist das Landesamt für Jugend und Soziales der überörtliche Träger. Zu den örtlichen Trägern zählen die kreisfreien Städte, Landkreise, Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden, soweit sie Aufgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz wahrnehmen. Die Auskunftserteilung ist mittels Fragebogen konzipiert, wobei die bisherigen Zählblätter teilweise neu gestaltet wurden. In der Vergangenheit war mit einigem Erfolg versucht worden, Zählblätter durch maschinenlesbare Datenträger zu ersetzen. Dieses Ziel wird weiter verfolgt, wobei zunächst die Datensätze für den Datenträgeraustausch dem geänderten Erhebungsprogramm angepaßt werden müssen.

Änderungen der Aufwandsstatistik der Sozialhilfe

Sie wird als Teil I (Teil II sind die Empfänger) der Statistik der Sozialhilfe bezeichnet. Der Erhebungsturnus bleibt unverändert, so daß weiterhin im Rahmen der neuen Statistik jährlich Angaben über die Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe für das jeweils abgelaufene Kalenderjahr erhoben werden. Die Hilfearten der

Aufwandsstatistik entsprechen denen der Empfängerstatistik, damit eine enge Verzahnung sichergestellt ist. Die Untergliederung der Ausgaben unterscheidet sich nur in wenigen Punkten von der bisherigen Konzeption, während die Einnahmen stärker differenziert wurden. Damit sind für wichtige Hilfearten sogenannte reine Ausgaben, berechnet aus Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen, ermittelbar, was die Aussagekraft der Ergebnisse deutlich verbessert. Die Merkmale sind insbesondere bei den Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt weiter differenziert worden. Eine tiefere Untergliederung der Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen wird analog zur Empfängerstatistik, insbesondere hinsichtlich der Hilfe zur Pflege, erfolgen, um so der wachsenden gesellschaftlichen und finanziellen Bedeutung dieses Aufgabengebietes gerecht zu werden.

Mittelfristige Zielsetzung ist es, die benötigten Angaben unmittelbar den Sachbüchern zu entnehmen. Da die meisten Berichtsstellen ihre Ausgaben und Einnahmen nach der kommunalen Haushaltssystematik verbuchen, wurde diese modifiziert. Die neue Untergliederung des Abschnitts 41 (Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz) des Gliederungsplanes wurde auf der Ebene der Drei- und Vier-Steller entsprechend den Hilfearten erweitert. Somit kann die Meldung zur Sozialhilfestatistik künftig den Ergebnissen der Haushaltsrechnung entnommen werden. Im Zuge der Statistikreform wurde auch der Gruppierungsplan ergänzt. Um eine korrekte Verbuchung und Erfassung der Sozialhilfeeinnahmen sicherzustellen, waren in den Gruppen 24 und 25 verschiedene Untergruppen notwendig.

Das neue Erhebungsverfahren der HLU-Empfänger

Das Erfassungskonzept beinhaltet eine einmalige Bestandserhebung zum Stichtag 1. Januar 1994, laufende Meldungen der Zu- und Abgänge für eine quartalsweise Fortschreibung sowie eine Erhebung des Jahresendbestandes. Damit tritt an die Stelle der bisherigen Meldung einer Jahresgesamtzahl für das abgelaufene Berichtsjahr eine laufende Berichterstattung über Zu- und Abgänge. Dies beseitigt das bisherige Defizit eines fehlenden Nachweises der unterjährigen Fluktuation. Zudem wird mit Hilfe einer eindeutigen fallspezifischen Kenn-Nummer, die von den Berichtsstellen vergeben wird, eine maschinelle Fortschreibung des Anfangsbestandes ermöglicht. Es werden die Abgänge aus dem Datenbestand gelöscht und die Zugänge in den Bestand aufgenommen. Der elfstelligen Kenn-Nummer kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungspraxis in den Kreisen, Städten, Verbandsgemeinden und Gemeinden gibt es für den Aufbau und die Vergabe dieser Kenn-Nummer lediglich Empfehlungen. Jeder Sozialhilfeträger muß jedoch dafür Sorge tragen, daß innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs für jeden Fall eine andere Kenn-Nummer verwendet wird.

Das Fortschreibungsverfahren ermöglicht ohne zusätzliche unterjährige Befragungen vorläufige Vierteljahres- und Jahresergebnisse zu ermitteln. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich wesentlich früher vor als bei

der bisherigen Statistik, so daß die Forderung nach höherer Aktualität erfüllt werden kann. Außerdem stehen künftig auch jahresdurchschnittliche Bestandszahlen und Bewegungsgrößen über die kurzfristige Entwicklung der Gewährung laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zur Verfügung.

Zum 31. Dezember eines Jahres erfolgt, wie bisher, die Ermittlung des Jahresendbestandes. Er dient zum Nachweis des endgültigen Ergebnisses und ermöglicht den jährlichen Vergleich mit den fortgeschriebenen, vorläufigen Daten. Je besser das Meldesystem der Zu- und Abgänge funktioniert, um so genauer stimmen die vorläufigen Zahlen mit dem endgültigen Ergebnis überein. Darüber hinaus liefert der Jahresendbestand jeweils die aktuelle Basis für die Fortschreibung. Des weiteren dient die Bestandsmeldung auch der Aktualisierung der Angaben, da durch sie die im Laufe des Berichtsjahres eingetretenen Veränderungen in der Lebenssituation der Hilfeempfänger in die Statistik eingehen. Dadurch kann auf einen fortlaufenden Änderungsdienst, der insbesondere für die Berichtsstellen sehr arbeits- und zeitintensiv wäre, verzichtet werden. Bei diesem Verfahren werden, anders als bisher, nur noch die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt gemeldet, die diese Hilfe zum Stichtag 31. Dezember noch beziehen. Da die Meldungen der unterjährigen Abgänge bereits während des Jahres erfolgten, kommt es insofern bei der neuen Statistik zu einer gewissen Entzerrung des Arbeitsanfalls bei der Auskunftserstattung.

Verwendung der Erhebungsvordrucke

Für die Erfassung der Zugänge, Abgänge und Bestände der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt gibt es vier Erhebungsvordrucke, in die die jeweiligen Angaben für die Bedarfsgemeinschaft einzutragen sind. Diese Fragebögen sind auf der Vorderseite inhaltlich deckungsgleich. Die neue Sozialhilfestatistik beginnt mit dem Bogen 1.4 „Empfänger am 1.1.1994“, mit dem die Anfangsbestandsermittlung erfolgt. Für Zugänge während des Berichtsjahres ist der Bogen 1.1 „Beginn der Hilfe“ zu verwenden. Die Bestandserhebung zum Jahresende erfolgt mit dem Zählblatt 1.3 „Empfänger am 31.12.“. Die jeweiligen Abgänge sind mit dem Erhebungsvordruck 1.2 „Ende der Hilfe“ zu erfassen, wobei dieser jeweils als Durchschreibebogen dem Bestandsbogen und dem Zugangsbogen angefügt ist, wodurch das Ausfüllen deutlich erleichtert wird. Ein Bestandsfall oder ein Neuzugang zur Statistik wird mit seinen vorderseitigen Eintragungen auf dem Fragebogen (insbesondere auch die Kenn-Nummer) auf den Abgangsbogen durchgeschrieben. Dieser verbleibt zunächst in der Verwaltungsakte des Sozialamtes. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Hilfgewährung eingestellt wird, müssen lediglich auf der Rückseite des in der Akte befindlichen Abgangsbogens noch maximal drei Fragen zur Beendigung der Leistungsgewährung beantwortet werden. Diese betreffen die Änderung der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft, die Einstellung der Gewährung laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sowie den Grund der Einstellung.

Bei länger andauernden Hilfen sind zwischen dem Beginn und dem Ende der Hilfestellung Bestandsmeldungen zum Jahresende erforderlich. Dabei wird aufgrund des Durchschreibeverfahrens ein neuer Abgangsbogen angelegt. Der bisher in der Akte befindliche ist deshalb zu vernichten und durch das neue Exemplar mit den aktualisierten Angaben zu ersetzen. Die bereits vergebene fallspezifische Kenn-Nummer wird beibehalten.

Verbessertes Informationsangebot

Grundsätzlich stellt der Umfang des Merkmalkatalogs einen Kompromiß zwischen den Informationsanforderungen der Konsumenten der Statistik einerseits und den Möglichkeiten der Auskunfterteilenden andererseits dar. Aufgrund inhaltlicher Erhebungsdefizite der bisherigen Statistik wurde der Merkmalkatalog überarbeitet und in Teilen erweitert. Neben verbesserten sozio-ökonomischen Grunddaten (z.B. differenzierte Erfassung des Ausländerstatus) werden künftig auch detaillierte Angaben über die Art, Höhe und Dauer des Leistungsbezuges erhoben. Nach der Umstellung liegen dann für die Bedarfsgemeinschaft insgesamt Angaben über den Bruttobedarf, die anerkannte Bruttokaltmiete und den Nettoanspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt vor. Ferner liefert die neue Statistik Daten zur schulischen und beruflichen Qualifikation der Hilfebezieher sowie zur Erwerbstätigkeit und Einkommensstruktur. Insbesondere können bessere Informationen über die Zusammenhänge zwischen Sozialhilfestellung und Arbeitslosigkeit gewonnen werden. Des Weiteren stellt die Statistik in Zukunft Informationen über besondere soziale Problemsituationen der Leistungsempfänger zur Verfügung, die in engem Zusammenhang mit der Leistungsanspruchnahme stehen. Hierzu zählen beispielsweise Trennung und Scheidung, Suchtabhängigkeit, Überschuldung und Wohnungslosigkeit.

Bei den Abgängen werden erstmals Angaben über den Grund der Leistungseinstellung erhoben. Bei Ausscheiden infolge Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wird vertieft nach vorangegangenen staatlichen Fördermaßnahmen gefragt. Da bei jeder Unterbrechung des Leistungsbezugs ein Abgangsbogen und bei einer erneuten Hilfestellung ein Zugangsbogen auszufüllen ist, besteht künftig die Möglichkeit, sowohl die Dauer des letztmaligen Hilfebezugs für die Abgänge als auch die bisherige Dauer des Bezugs bei den Beständen zu berechnen. Insbesondere ist es möglich, die Dauer des Hilfebezugs in Zusammenhang mit den spezifischen Problemlagen bestimmter Personengruppen und Haushaltstypen darzustellen.

Erfassung der Kurzzeitempfänger laufender HLU

Zu den Kurzzeitempfängern gehören Personen, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach Tages- oder Wochensätzen ausgezahlt wird. Diese waren in der bisherigen Statistik nicht enthalten und werden künftig

mittels eines Sammelbelegs nachgewiesen. Die Einbeziehung dieses Personenkreises, zu dem insbesondere alleinstehende Wohnungslose zählen, empfahl sich angesichts der zunehmenden Zahl dieser Gruppe von Bedürftigen. Da für die Empfänger, denen die Hilfe weniger als einen Monat gewährt wurde, die Verfügbarkeit von Daten in den Sozialämtern stark eingeschränkt ist, beinhaltet der Bogen für die Bestandserhebung lediglich die Merkmale Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnungssituation. Die Ergebnisse der Kurzzeitempfänger werden quartalsweise aufgestellt.

Nachweis der HbL-Empfänger

Für die Erfassung der Hilfen in besonderen Lebenslagen wird das Erhebungsverfahren grundsätzlich beibehalten. Am Ende eines Berichtsjahres wird für jeden einzelnen Hilfeempfänger, der während des Berichtszeitraumes mindestens eine der Hilfen in besonderen Lebenslagen erhalten hat, ein Zählblatt ausgefüllt.

Veränderungen gibt es hinsichtlich einiger Merkmale. Erfragt werden u.a. die einmaligen Leistungen zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, die vorbeugende Gesundheits- und die Krankenhilfe, die Unterstützung für werdende Mütter und Wöchnerinnen, die Hilfe zur Pflege, die Blindenhilfe sowie die Eingliederungshilfe für Behinderte. Da die letztgenannte Hilfeart zusammen mit der Hilfe zur Pflege den überwiegenden Teil der Fälle und den Großteil der Kosten darstellt, wurde insbesondere die Erfassung dieser Personen verbessert. Zum einen erfolgt eine Differenzierung nach ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfe und zum anderen werden die Daten über Beginn und Ende der Hilfestellung erhoben, woraus sich erstmals die Dauer der Leistungsgewährung ermitteln läßt. Bei der Hilfe zur Pflege ist künftig ein getrennter Nachweis der Hilfeempfänger nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit vorgesehen. Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte wird die Hilfe für Suchtkranke gesondert erfaßt.

Darstellung der Ergebnisse

Neben der einfachen Deskription werden insbesondere von den Konsumenten der amtlichen Statistik die Daten oft für weitere Untersuchungen mittels analytischer Verfahren verwendet. Die Sozialhilfestatistik weist die aufbereiteten Daten in einem völlig neu gestalteten Tabellenprogramm aus.

Wie in den vergangenen Jahren wird das Statistische Landesamt einen Band veröffentlichen, der Ergebnisse über die Ausgaben und Einnahmen sowie über die Zahl und Struktur der Empfänger enthält. Dabei kann auf das erweiterte Tabellenprogramm und neue Merkmalverknüpfungen zurückgegriffen werden. Ferner wird die Einlagerung ausgewählter Daten in das Landesinformationssystem vorbereitet.

Diplom-Volkswirt Harald Streuf

Gewerblicher Güternahverkehr 1977 bis 1992

Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr¹⁾ hat in den Jahren 1977, 1980, 1984 und 1992 Erhebungen über die Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güternahverkehrs durchgeführt. Stichtag war der 1. November bzw. 31. Oktober. Für 1992 wurden erstmals Daten für die neuen Bundesländer gesammelt und veröffentlicht. Grundlage dieser Erhebungen bildet das von der Bundesanstalt nach § 60 Abs. 2 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) zu führende Register. Die maschinelle Aufbereitung des Datenmaterials erfolgte durch das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg.

Was ist Güternahverkehr ?

Nach § 2 des GüKG vom 6. August 1975 ist Güternahverkehr jede Beförderung von Gütern mit einem Kraftfahrzeug für andere innerhalb der Nahzone. Die Nahzone umfaßte bisher das Gebiet innerhalb eines Umkreises von fünfzig Kilometern. In der Neufassung des GüKG vom 3. November 1993 ist die Nahzone das Gebiet innerhalb eines Umkreises von fünfundsiebzig Kilometern. Wer Güternahverkehr betreiben will, bedarf grundsätzlich der Erlaubnis.

Im Vergleich zum Güternahverkehr ist Güterfernverkehr nach § 3 des GüKG dann jede Beförderung von Gütern mit einem Kraftfahrzeug für andere über die Grenzen der Nahzone hinaus. Zum Güternah- und -fernverkehr zählt nicht der Umzugsverkehr, für den gesonderte Vorschriften gelten.

Auch der Werkverkehr unterliegt Sondervorschriften. Jede Beförderung von Gütern für eigene Zwecke eines Unternehmens mit eigenen Fahrzeugen ist Werkverkehr. Abgesehen von der Bauwirtschaft überwiegen im Werkverkehr kleine und mittelgroße Fahrzeuge, die in allen Branchen zur Verbesserung des Kundendienstes verwendet werden. Der Werkverkehr ist nicht genehmigungspflichtig.

Güternahverkehrsunternehmen und ihre Niederlassungen

Am 31. Oktober 1992 gab es in Rheinland-Pfalz 3 074 Unternehmen des gewerblichen Güternahverkehrs. Gegenüber dem 1. November 1977 verringerte sich die Zahl der Unternehmen um 155 (- 4,8 %). Die 235 rheinland-pfälzischen Mehrbetriebsunternehmen, das sind 7,6 % aller Unternehmen, unterhielten insgesamt 331 Zweigniederlassungen. 1977 wurden bei insgesamt 3 229 Unternehmen nur 80 Mehrbetriebsunternehmen (2,5 %) mit 117 Zweigniederlassungen verzeichnet. Im Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer

wurden 1992 insgesamt 49 384 Unternehmen registriert, darunter 3 783 Mehrbetriebsunternehmen (7,7 %) mit 6 093 Zweigniederlassungen. 6,2 % aller Unternehmen des Bundesgebietes hatten 1992 ihren Sitz in Rheinland-Pfalz.

Weitere Verkehrsarten der Güternahverkehrsunternehmen

Das Tätigkeitsfeld von 1 220 Güternahverkehrsunternehmen erstreckte sich 1992 noch auf weitere Verkehrsarten. Beispielsweise fuhren 585 Unternehmen im Werkverkehr und 475 Unternehmen im Güterfernverkehr. Während in Rheinland-Pfalz 39,7 % aller Nahverkehrsunternehmen weitere Verkehrsarten ausübten, waren dies im Bundesgebiet 43,3 %. Von den 21 360 Nahverkehrsunternehmen in Deutschland, die in weiteren Verkehrsarten tätig waren, fuhren 9 444 im Güterfernverkehr und 8 221 im Werkverkehr. Umzugsverkehr wurde bundesweit von 1 318 Nahverkehrsfirmen durchgeführt.

Rechtsform GmbH gewinnt an Bedeutung

1992 wurden 70,8 % (1977: 79,3 %) der Unternehmen als Einzelfirmen geführt, 17,2 % (1977: 4,2 %) waren als Gesellschaft mit beschränkter Haftung und 6,9 % (1977: 8,8 %) als Kommanditgesellschaft bzw. GmbH & Co. KG registriert. Weniger bedeutend sind Offene Handelsgesellschaften, Gesellschaften bürgerlichen Rechts, Genossenschaften oder gar Aktiengesellschaften. Einzelunternehmungen sind als Personengesellschaft nach wie vor überwiegend vertreten, wenngleich mit rückläufigem Trend. Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben als Kapitalgesellschaften mit eigener

Unternehmen des Güternahverkehrs und ihre Niederlassungen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet von 1977 bis 1992

Jahr	Unternehmen			Zweigniederlassungen
	Insgesamt	darunter mit Zweigniederlassung(en)		
	Anzahl		%	Anzahl
Rheinland-Pfalz				
1977	3 229	80	2,5	117
1980	3 212	241	7,5	312
1984	3 148	254	8,1	342
1992	3 074	235	7,6	331
Bundesgebiet				
1977	45 525	2 679	6,3	4 339
1980	42 998	2 767	6,4	4 455
1984	42 451	2 987	7,0	4 768
1992 ¹⁾	49 384	3 783	7,7	6 093

1) Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in Köln wurde mittlerweile in Bundesamt für Güterverkehr umbenannt.

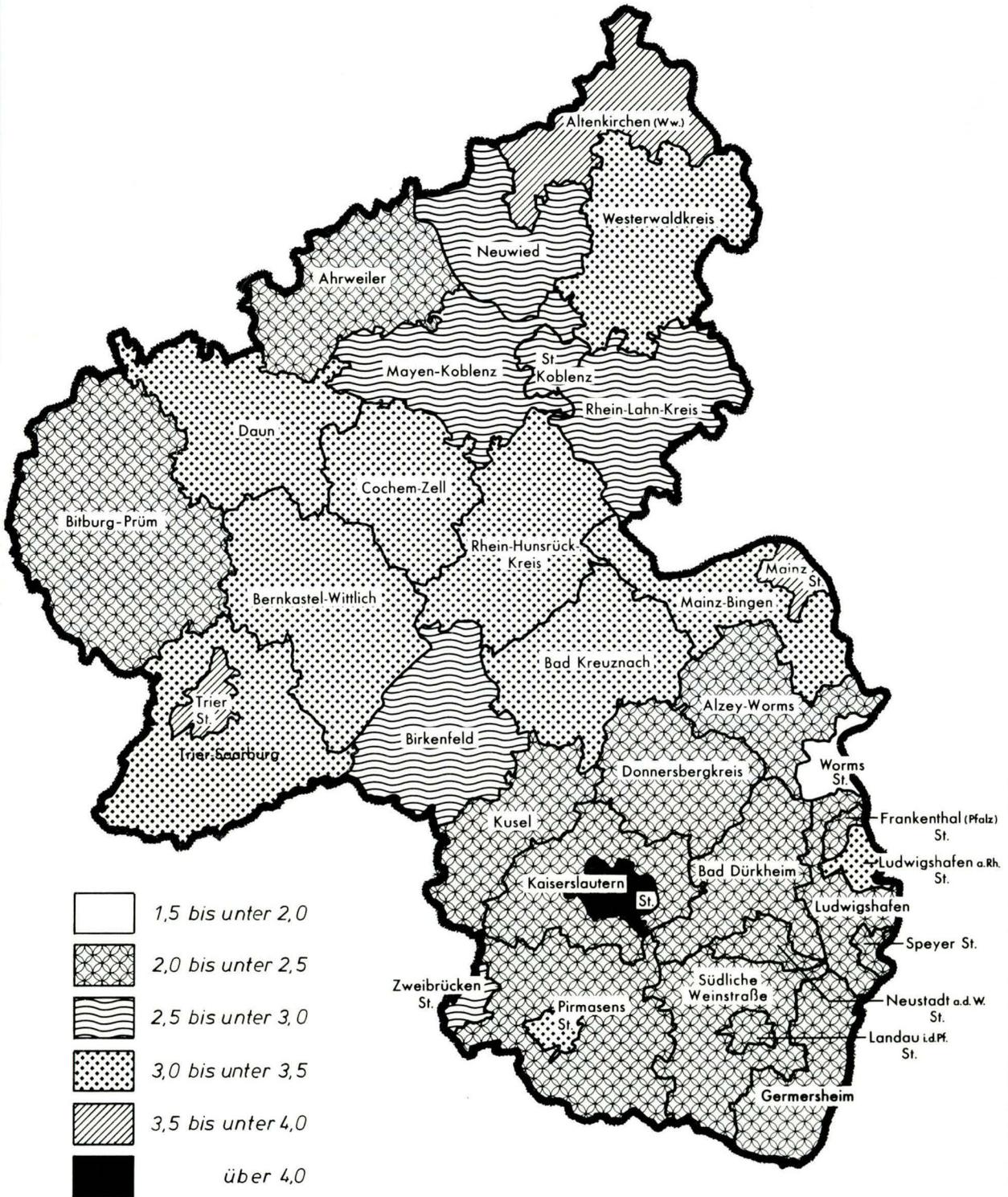
1) Gebietsstand: 3. Oktober 1990.

Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güternahverkehrs 1977 bis 1992 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Unternehmen						Lastkraftfahrzeuge				Anhänger	
	1977	1980	1984	1992			1977	1992			1977	1992
	insgesamt			mit ... Lkw			insgesamt	mit ... t Nutzlast				
				1-5	6 u. mehr			bis 4	über 4			
Anzahl												
Kreisfreie Stadt Koblenz	75	72	71	82	72	10	211	244	85	159	77	94
Landkreise												
Ahrweiler	124	117	116	111	100	11	271	277	34	243	142	161
Altenkirchen (Ww.)	101	95	85	80	68	12	246	280	40	240	146	159
Bad Kreuznach	90	86	82	80 ¹⁾	66	14	231	250	40	210	121	140
Birkenfeld	62	60	59	48 ²⁾	41	7	109	132	24	108	57	66
Cochem-Zell	76	74	74	61	52	9	189	213	13	200	85	120
Mayen-Koblenz	249	238	226	206 ³⁾	186	20	542	548	75	473	364	329
Neuwied	129	119	132	113 ⁴⁾	100	13	245	331	31	300	106	228
Rhein-Hunsrück-Kreis	110	111	97	82	69	13	296	277	20	257	135	133
Rhein-Lahn-Kreis	102	97	89	95 ⁵⁾	86	9	282	272	48	224	145	142
Westerwaldkreis	261	268	255	234	213	21	623	718	90	628	386	368
RB Koblenz	1 379	1 337	1 286	1 192	1 053	139	3 245	3 542	500	3 042	1 764	1 940
Kreisfreie Stadt Trier	58	48	50	43	32	11	189	157	41	116	47	88
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	111	98	92	94	77	17	289	303	37	266	163	200
Bitburg-Prüm	114	122	107	87	81	6	206	205	21	184	124	107
Daun	77	71	71	58	49	9	169	177	19	158	103	121
Trier-Saarburg	93	91	93	89	78	11	201	282	56	226	109	158
RB Trier	453	430	413	371	317	54	1 054	1 124	174	950	546	674
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	37	39	43	64	61	3	138	136	19	117	58	68
Kaiserslautern	45	47	51	43	35	8	167	194	54	140	83	74
Landau i. d. Pfalz	16	30	22	25	22	3	62	61	11	50	47	36
Ludwigshafen a. Rhein	105	92	100	108	94	14	243	329	98	231	79	89
Mainz	113	105	87	68	56	12	295	242	67	175	139	113
Neustadt a. d. Weinstr.	45	43	45	48	46	2	66	97	31	66	30	31
Pirmasens	33	37	34	30	28	2	96	97	27	70	30	37
Speyer	38	28	39	47	44	3	74	102	24	78	32	40
Worms	54	67	72	71	68	3	110	129	31	98	72	53
Zweibrücken	29	31	26	24	21	3	87	70	16	54	34	23
Landkreise												
Alzey-Worms	61	56	79	81	78	3	127	185	38	147	78	92
Bad Dürkheim	120	133	133	140	130	10	267	298	79	219	148	132
Donnersbergkreis	55	81	76	78	72	6	121	183	10	173	67	111
Germersheim	74	98	96	96	83	13	159	233	23	210	76	130
Kaiserslautern	52	51	50	58	56	2	105	127	19	108	60	61
Kusel	55	49	44	45	42	3	114	92	12	80	65	44
Südliche Weinstraße	110	103	95	88	80	8	243	204	15	189	134	102
Ludwigshafen	163	162	161	206	189	17	282	512	94	418	118	199
Mainz-Bingen	117	120	120	118	104	14	266	397	83	314	126	193
Pirmasens	75	73	76	73	67	6	153	155	22	133	84	85
RB Rheinhessen-Pfalz	1 397	1 445	1 449	1 511	1 376	135	3 175	3 843	773	3 070	1 560	1 713
Rheinland-Pfalz	3 229	3 212	3 148	3 074	2 746	328	7 474	8 509	1 447	7 062	3 870	4 327
Kreisfreie Städte	648	639	640	653	579	74	1 738	1 858	504	1 354	728	746
Landkreise	2 581	2 573	2 508	2 421	2 167	254	5 736	6 651	943	5 708	3 142	3 581

1) Ohne Bad Kreuznach, Stadt - 2) Ohne Idar-Oberstein, Stadt - 3) Ohne Andernach, Stadt - 4) Ohne Neuwied, Stadt - 5) Ohne Lahnstein, Stadt

Durchschnittliche Anzahl an Lastkraftfahrzeugen je Unternehmen im November 1992



Quelle: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln

Rechtspersönlichkeit an Bedeutung gewonnen. Die steigende Zahl an Gesellschaften mit beschränkter Haftung steht wohl in engem Zusammenhang mit ihren besonderen Vorteilen in der Haftungsbeschränkung.

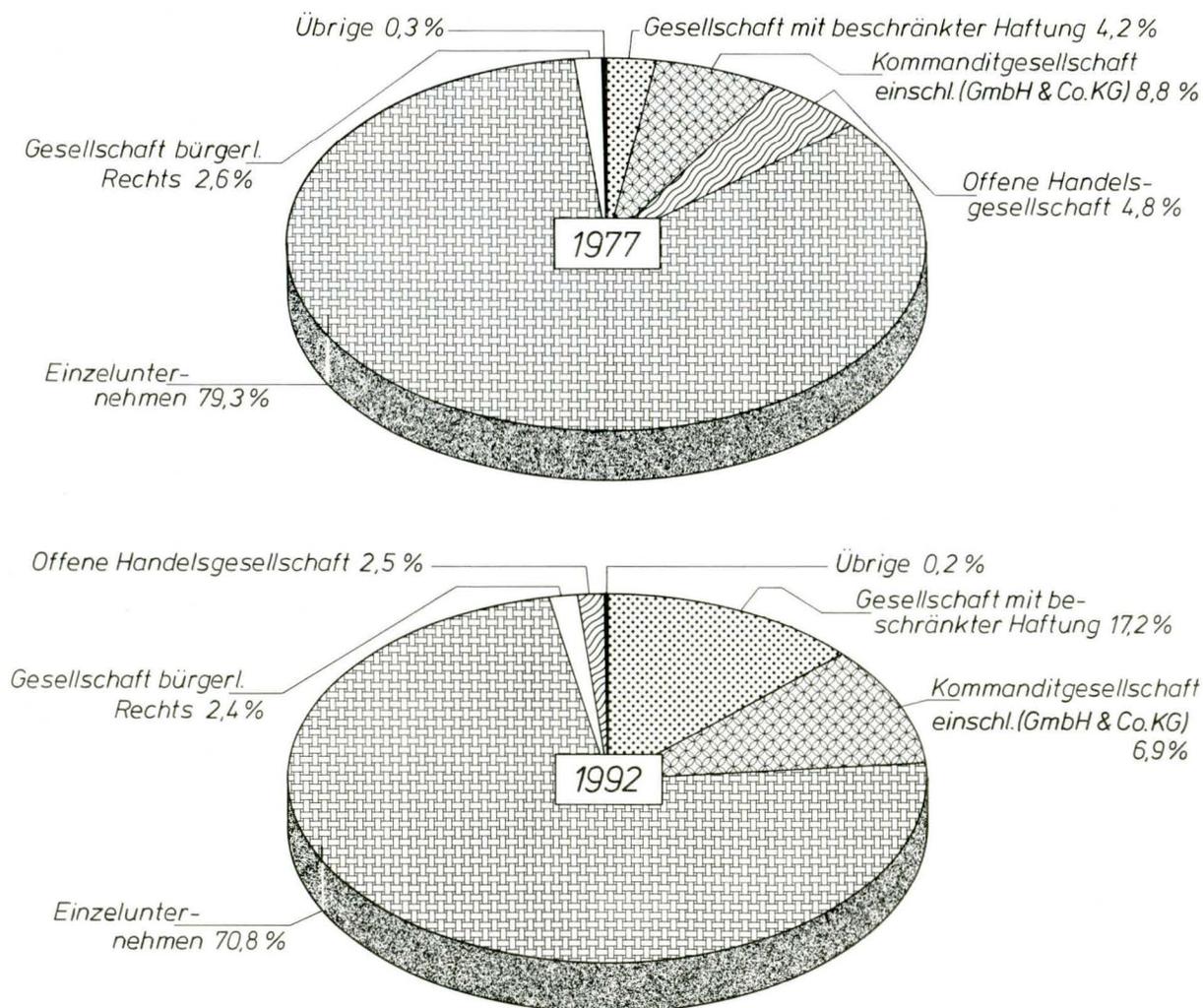
Betriebsgrößenklassen:

Mehr Unternehmen mit vier oder mehr Lastkraftwagen

Die 3074 Unternehmen des gewerblichen Güternahverkehrs verfügten am 31. Oktober 1992 über 8509 Lastkraftwagen mit 4327 Anhängern. Der Bestand an Nahverkehrs-Fahrzeugen nahm seit 1977 um 1035 (+ 13,8 %) zu, der Bestand an Anhängern um 457 (+ 11,8 %). Gut die Hälfte der Unternehmen besaß 1992 nur einen, ein knappes Fünftel zwei Lastkraftwagen. Jedes zehnte Unternehmen verfügte über sechs und mehr Lastkraftfahrzeuge. Während 1977 auf ein Unternehmen noch durchschnittlich 2,3 LKW kamen, waren es 1992 bereits 2,8 LKW.

Im Jahre 1977 fielen 92,9 % der Unternehmen in die Betriebsgrößenklasse von 1 bis 5 Lastkraftfahrzeugen und verfügten über 70,4 % des LKW-Bestandes im Güternahverkehr. 1,7 % der Unternehmen hatten 11 und mehr LKW. Ihnen gehörten insgesamt 12,6 % des LKW-Bestandes. Im Jahre 1992 setzten 89,3 % der Unternehmen bis zu 5 LKW ein und vereinigten insgesamt 58,1 % des LKW-Bestandes im Güternahverkehr auf sich. Auf die großen Unternehmen mit 11 und mehr LKW (3,3 %) entfielen 21,7 % des LKW-Bestandes, das sind durchschnittlich 18,5 Lastkraftwagen. Im Jahre 1977 waren es 17,1 Lastkraftwagen. Grundsätzlich läßt sich eine Tendenz zu größeren Unternehmenseinheiten beobachten, die auch häufiger über Zweigniederlassungen verfügen. Die Zahl der Unternehmen mit einem, zwei oder drei Lastkraftfahrzeugen ist im Zeitraum von 1977 bis 1992 durchweg rückläufig. Hingegen hat sich in den Betriebsgrößenklassen mit vier und mehr Lastkraftwagen die Zahl der Unternehmen erhöht. 1977 hatten 84,7 % aller Unternehmen einen, zwei oder drei LKW; 1992 waren es 79,4 %.

Unternehmen des Güternahverkehrs 1977 und 1992 nach ihrer Rechtsform



LKW-Bestand bis zu 4 Tonnen Nutzlast seit 1977 verdreifacht

1992 wiesen insgesamt 7 062 Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger (83 %) eine Nutzlast von über 4 Tonnen auf. 1977 waren es 7 020 LKW (93,9 %). Die Zunahme des LKW-Bestandes fand weitgehend im Bereich der Fahrzeuge bis zu 4 Tonnen Nutzlast statt. Seit 1977 hat sich deren Bestand mehr als verdreifacht. Im Zeitraum 1984 bis 1992 stieg die Zahl der Fahrzeuge mit mehr als 4 Tonnen Nutzlast um 7,9 %, die Zahl der kleineren Fahrzeuge um 37,9 %.

Zuwächse im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz

In den Regierungsbezirken Trier (- 18,1 %) und Koblenz (- 13,6 %) sank die Zahl der Unternehmen des

Unternehmen des Güternahverkehrs 1977 bis 1992 nach Betriebsgrößenklassen

Jahr	Lastkraftfahrzeuge	Unternehmen	Unternehmen mit ... Lastkraftfahrzeugen		
			1-5	6-10	11 u. mehr
	Anzahl				
1977	7 474	3 229	3 001	173	55
1980	7 651	3 212	2 968	175	69
1984	7 594	3 148	2 904	175	69
1992	8 509	3 074	2 746	228	100

gewerblichen Güternahverkehrs, im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz stieg sie um 8,2 % auf 1511. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren deutlich

Lastkraftfahrzeuge 1977 bis 1992 nach Nutzlastklassen und Kraftfahrzeuganhänger

Jahr	Lastkraftfahrzeuge			Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung
	Insgesamt	Kfz mit Anhänger und Lkw ohne Anhänger		
		bis 4 t Nutzlast	mit mehr als 4 t Nutzlast	
Anzahl				
1977	7 474	454	7 020	3 870
1980	7 651	751	6 900	3 907
1984	7 594	1 049	6 545	3 584
1992	8 509	1 447	7 062	4 327

mehr Unternehmensgründungen und Genehmigungen für den Güternahverkehr im Donnersbergkreis (+ 41,8 %) und in den Landkreisen Alzey-Worms (+ 32,8 %), Gernersheim (+ 29,7 %), Ludwigshafen (+ 26,4 %) und Bad Dürkheim (+ 16,7 %). Unter den kreisfreien Städten schnitten Frankenthal (+ 73 %), Landau (+ 56,3 %) und Worms (+ 31,5 %) ausgesprochen gut ab. Gleichzeitig wuchs der LKW-Bestand im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz um 21 % auf 3 843 Lastkraftfahrzeuge. Trotz sinkender Unternehmenszahl wurden auch in den Regierungsbezirken Koblenz (+ 9,2 %) und Trier (+ 6,6 %) die Bestände an Fahrzeugen des Güternahverkehrs ausgeweitet. Während der Bestand in den kreisfreien Städten des Landes um 6,9 % auf 1 858 Einheiten anstieg, expandierte der Fuhrpark in den Landkreisen um 16 % auf 6 651 Fahrzeuge. Die durchschnittliche Anzahl an Lastkraftfahrzeugen je Unternehmen war 1992 in der Stadt Kaiserslautern (4,5) am höchsten.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Die Südpfalz als Partner in der Großregion Oberrhein

Teil 2 – Flächennutzung, Landwirtschaft und Wirtschaft –

Der folgende Beitrag basiert wie der erste Teil¹⁾ auf dem vor kurzem von den statistischen Ämtern der Großregion Oberrhein²⁾ unter Mitarbeit der Regio Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz herausgegebenen zweisprachigen Jahrbuch „Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein – Economie du Rhin Supérieur“ und auf der Broschüre „Oberrhein – Mitten in Europa * Rhin Supérieur au centre de l'Europe“, die in Zusammenarbeit der statistischen Ämter und des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr herausgegeben wurde. In dem Beitrag werden in überarbeiteter und gekürzter Form Flächennutzung, Landwirtschaft und Wirtschaft, hier namentlich das verarbeitende Gewerbe, beschrieben.

1) Gebauer, Jochen: Die Südpfalz als Partner der Großregion Oberrhein, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 8/1993, Seiten 167 ff.

2) Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Direction Régionale de l'Alsace, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.

Flächennutzung: Wald- und Landwirtschaftsfläche ausgewogen

Die Großregion am Oberrhein erstreckt sich über eine Fläche von insgesamt 18 619 km². Elsaß und Baden haben jeweils über 8 000 km², die Nordwestschweiz und die Südpfalz nur jeweils etwas über 1 000 km². In der gesamten Region sind Landwirtschafts- und Waldfläche mit jeweils 41 % gleich stark vertreten, im Elsaß und in der Südpfalz ist der prozentuale Anteil der Landwirtschaft etwas höher, in Baden dominiert der (Schwarz-)Wald.

Die Region Südpfalz liegt im Süden von Rheinland-Pfalz und im Nordwesten des Oberrheingebietes. Sie umfaßt eine Gesamtfläche von 1 186 km². Die Landwirtschaft hat mit 43 % daran den höchsten Anteil. Bei der landwirtschaftlichen Nutzung spielt neben dem Ackerbau der Weinbau mit knapp einem Drittel eine große Rolle. Rund 18 % der Rebfläche von Rheinland-Pfalz entfallen auf die Region.

Betriebe im verarbeitenden Gewerbe

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte	Lohn- und Gehaltssumme	Umsatz
	Anzahl		1 000 DM	
Südliche Weinstraße: 1985				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	9	.	.	.
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden	3	130	4 727	15 440
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	12	.	.	.
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	29	1 716	42 726	292 738
Holzverarbeitung	10	438	13 294	46 408
Herstellung von Schuhen	5	180	3 788	.
Bekleidungs-gewerbe	3	392	8 510	.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	50	5 151	160 685	806 054
1990				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	8	779	37 484	.
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden	3	168	7 228	22 040
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	16	3 469	140 447	640 917
Maschinenbau	5	743	31 846	148 305
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	4	243	7 809	35 109
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	22	1 384	42 217	175 859
Holzverarbeitung	6	346	12 051	46 979
Herstellung von Schuhen	4	111	2 635	.
Bekleidungs-gewerbe	3	314	7 895	33 786
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	4	172	5 621	.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	50	5 804	225 769	.
Germersheim: 1985				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	22	.	.	.
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden	15	475	17 144	92 084
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18	.	.	.
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	6	1 385	42 916	111 055
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	16	2 533	88 663	368 791
Bekleidungs-gewerbe	4	305	6 095	8 870
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	56	17 092	748 906	8 571 629
1990				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	25	1 309	66 707	405 943
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden	18	513	24 548	124 867
Holzbearbeitung	4	21	548	3 938
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	21	.	.	.
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	7	1 941	65 687	169 297
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	5	744	.	.
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	12	2 064	94 630	399 453
Bekleidungs-gewerbe	3	192	4 184	8 713
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3	.	.	.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	61	20 684	1 086 936	.
Landau in der Pfalz: 1985				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4	620	25 910	207 588
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	21	904	27 446	131 634
Maschinenbau	3	233	6 412	23 962
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	10	426	12 459	76 659
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	11	1 156	35 615	129 541
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	36	2 680	88 971	468 763
1990				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4	.	.	173 882
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	19	1 206	47 016	222 600
Stahlverformung	3	128	5 082	14 084
Maschinenbau	3	284	12 589	42 828
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	7	565	20 156	133 409
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	7	776	36 291	.
Druckereien, Vervielfältigung	3	624	30 236	109 987
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2	.	.	.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	32	2 931	126 342	578 122
Südpfalz: 1985				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	142	24 923	998 562	9 846 446
1990				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	143	29 419	1 439 047	14 318 280

. = Geheimhaltung

Die Wälder haben einen Anteil an der Gesamtfläche von 42%. Hier ist neben dem Pfälzer Wald vor allem der im Kreis Germersheim gelegene Bienwald zu nennen. Bewaldet sind ferner die Schwemmkegel der aus dem Pfälzer Wald kommenden und in den Rhein mündenden Bäche.

Der Anteil der stehenden und fließenden Gewässer beläuft sich in der Region Südpfalz auf 2%. Knapp 6% der Gesamtfläche sind bebaut, 5% dienen Verkehrszwecken.

Südpfalz: Nummer eins bei der Weinmosternte

In der Großregion am Oberrhein gibt es fast 64 000 landwirtschaftliche Betriebe, 21 000 im Elsaß, 4 000 in der Nordwestschweiz, 5 000 in der Südpfalz und 34 000 in Baden. Hier wächst ein hervorragender Wein: insgesamt gut 3,7 Mill. hl, davon 1,1 Mill. im Elsaß und jeweils 1,7 Mill. in der Südpfalz und in Baden.

In der Region Südpfalz sind rund 5 400 land- und forstwirtschaftliche Betriebe ansässig. Das ist fast ein Zehntel aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von Rheinland-Pfalz. Sie bewirtschaften allerdings nur 6% der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes.

Die Landwirtschaft ist in der Südpfalz überwiegend kleinbetrieblich strukturiert, was im wesentlichen auf den hohen Anteil des arbeitsintensiven Weinbaus zurückzuführen ist. So verfügen die Betriebe fast zur Hälfte (46%) über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von weniger als zwei Hektar (Rheinland-Pfalz 37%). Der Anteil der Betriebe mit 20 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche ist mit knapp 11% entsprechend niedrig.

Mit fast 1,3 Mill. hl wurde 1990 gut ein Fünftel des gesamten Weinmostes des Landes im Bereich Südliche Weinstraße, der im großen und ganzen mit der Südpfalz identisch ist, geerntet. Der Viehhaltung kommt dagegen geringe Bedeutung zu. So machten 6 800 Rinder und 16 600 Schweine, die Ende 1990 in der Region Südpfalz gezählt wurden, nur 1,2 bzw. 3,3% der Landessumme aus.

Südpfalz: Zwischen Weinbau und moderner Lkw-Produktion

Die Bruttowertschöpfung als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung beziffert sich (1988) im Gebiet am Oberrhein auf 78 Mrd. ECU oder rund 150 Mrd. DM, das sind im Schnitt rund 34 000 DM je Einwohner.

Die Gesamtwirtschaft in der Südpfalz verzeichnet starke Gegensätze: Auf der einen Seite der Kreis Germersheim mit dem Industriezentrum Wörth (Lkw-Produktion) und einer Wertschöpfung, die mit über 40 000 DM je Einwohner höher ist als in den meisten kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz und auch höher als in der Stadt Landau (gut 33 000 DM). Auf der anderen Seite der noch stark landwirtschaftlich geprägte Kreis Südliche Weinstraße – wie schon im Namen angedeutet, eines der bedeutendsten Weinbaugebiete Deutschlands –, wo die Wertschöpfung pro Kopf weniger als 18 000 DM ausmacht, also nicht einmal die Hälfte vom Kreis Germersheim. Insgesamt wurde 1988 in der Südpfalz eine Bruttowertschöpfung von umgerechnet 3 453 Mill. ECU erwirtschaftet, davon knapp 3% in der Landwirtschaft (Südliche Weinstraße 7%), fast 57% im produzierenden Gewerbe (Kreis Germersheim 77%) und gut 40% im Bereich Dienstleistungen (Landau 73%).

Flächennutzung 1990

Merkmal	Einheit	Gemeinsames Oberrheingebiet	Alsace ²⁾			Nordwestschweiz	Südpfalz	Badisches Oberrheingebiet			
			zusammen	Bas-Rhin	Haut-Rhin			zusammen	Mittlerer Oberrhein	Südlicher Oberrhein	Hochrhein
Gesamtfläche¹⁾	Hektar	1 867 711	833 166	479 880	353 286	101 173	118 639	814 733	213 744	407 189	193 800
Siedlungs- und Verkehrsfläche	%	–	–	–	–	10,5	10,7	11,3	15,9	9,9	9,1
Landwirtschaftsfläche	%	41,1	40	41	39	50,9	43,1	40,8	40,4	41,3	40,1
Waldfläche	%	40,9	37	35	39	37,7	41,8	45,3	40,5	46,0	49,1
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe³⁾											
Insgesamt	Anzahl	63 460	20 780	11 930	8 850	3 689	5 407	33 584	5 465	19 901	8 218
> 1	%	21,5	16	12	20	18,5	30,2	23,8	21,6	21,2	31,3
mit landwirtschaftlich genutzter Fläche	1-2	} 34,4	14	14	13	} 21,3	15,4	18,8	30,1	19,2	10,3
von ... bis	2-5		%	14	13		16	18,3	21,2	21,5	23,0
unter ...	5-10	%	13,9	13	14	12	11,6	14,4	14,7	8,9	15,6
	10-20	%	13,1	14	15	12	23,9	11,2	11,7	6,4	12,5
	20-50	%	13,1	21	24	19	22,7	8,6	7,9	6,6	7,3
	50 und mehr	%	3,9	8	8	7	2,0	1,9	1,9	4,9	1,2

1) Für die Nordwestschweiz Arealstatistik 1972. Für badisches Oberrheingebiet und Südpfalz Flächenerhebung 1989. – 2) Für das Elsaß Quelle: Ministère de l'agriculture et de la forêt 1990. – 3) Für die Südpfalz 1991.

Ein ausgeglichenes modernes Branchenmix kennzeichnet die Industrie am Oberrhein

Der Großraum am Oberrhein ist geprägt von einem vielfältigen Nebeneinander und Miteinander aller in einer modernen Industriegesellschaft vertretenen Branchen. Im Elsaß finden sich der Maschinenbau, hier insbesondere Textil- und Landwirtschaftsmaschinen und Feinmechanik, die Automobilherstellung, die Industriebereiche für Landwirtschaft und Nahrungsmittel (Brauereien) sowie die Grundlagenchemie und die Textilverarbeitung. Die Wirtschaft der Nordwestschweiz ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil wertschöpfungsstarker innovativer Industriebranchen, wie die chemische Industrie und die Maschinen-, Apparate- und Elektronikindustrie sowie durch einen starken Dienstleistungssektor mit internationaler Ausrichtung (Banken, Versicherungen, Beratung). Die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Produktion im badischen Oberrheingebiet liegen bei den Wirtschaftszweigen Elektrotechnik, Maschinenbau sowie der chemischen Industrie, an vierter Stelle folgt der Fahrzeugbau.

In der Region Südpfalz gab es im Jahre 1987 knapp über 10 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten mit 86 777 Beschäftigten. Über 9 000 Betriebe (88 %) hatten weniger als zehn Mitarbeiter, sie beschäftigten nicht ganz ein Drittel der in diesem Raum tätigen Personen (27 234). Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten waren in diesem Gebiet nur 87 angesiedelt, darunter 9 mit 500 und mehr Beschäftigten (18 405 tätige Personen oder 21 %). 30 % der Erwerbstätigen waren in Arbeitsstätten mit zehn bis unter hundert Beschäftigten tätig.

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind in der Südpfalz einige bedeutende Industriezweige vertreten, unter anderem der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparatur von Kraftfahrzeugen, das Druck- und Verlagsgewerbe, Unternehmen der Elektrotechnik und des Maschinenbaus. Von 1985 bis 1990 konnten die Betriebe dieses Wirtschaftsbereichs ihre Arbeitsplätze um 4 500 auf über 29 400 (+ 18 %) ausbauen, während die Betriebszahl mit rund 140 konstant blieb.

Der zum Gebiet der Südpfalz gehörende Landkreis Germersheim verzeichnete mit + 21 % den größten Beschäftigtenanstieg. Neben den Unternehmen der Elektrotechnik wird diese Entwicklung hauptsächlich von dem in der Stadt Wörth am Rhein gelegenen Automobilwerk getragen. Einige Industrieunternehmen konnten in den letzten fünf Jahren neu angesiedelt werden, andere vergrößerten ihre Kapazitäten.

Trotz der relativ geringen Industrialisierung ist die Palette der in der Stadt Landau vertretenen Wirtschaftszweige sehr vielschichtig. Die Zahl der Betriebe sank seit 1985 um 4 auf nunmehr 32. Hinsichtlich der Beschäftigtenzahl war eine Zuwachsrate von 9,4 % (+ 251 Beschäftigte) gegenüber 1985 zu notieren. Am stärksten vertreten war 1990 der Investitionsgüterbereich mit 19 Betrieben (1985: 21) und zusammen 1 206 tätigen Personen (1985: 904).

Mit dem Landkreis Südliche Weinstraße ist die flächenmäßige Abgrenzung der Region Südpfalz komplett. Im Jahre 1990 waren 5 804 Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe tätig. Im Vergleich zu 1985 verzeichnete der Kreis eine Zunahme um rund 13 %. Einen deutlichen Schwerpunkt bildet hier das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit 16 Betrieben und 3 469 Arbeitsplätzen, gefolgt vom Verbrauchsgütersektor mit 22 Betrieben und 1 384 Stellen. Weniger bedeutend ist das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 4 Betrieben und 172 Beschäftigten.

Der Gesamtumsatz der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes der Südpfalz bezifferte sich im Jahre 1990 auf 14,3 Mrd. DM, was einer Zunahme gegenüber 1985 um 45 % entspricht. Im Inland wurden Umsätze von gut 7,8 Mrd. DM (54,7 %), im Ausland von knapp 6,5 Mrd. DM realisiert. Dies ergibt eine Exportquote von 45 % (1985: 47 %). Fast jeder zweite Arbeitsplatz der Grenzregion ist somit vom Ausland abhängig. Für Rheinland-Pfalz insgesamt liegt die Exportquote bei 36,6 %.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe ist am stärksten von den Auslandsordern abhängig. Die Exportquote lag 1990 hier bei 50 %. Weniger exportabhängig sind der Verbrauchsgütersektor (10,8 %) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (8,7 %). Keine Bedeutung hat die Ausfuhr von Waren und Gütern im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (1,2 %). Diese Entwicklung spiegelt sich auch auf Kreisenebene wider.

Insgesamt zahlten die Industriebetriebe in der Südpfalz 1990 Löhne und Gehälter in Höhe von 1,4 Mrd. DM an ihre Mitarbeiter. Im Durchschnitt erhielten die Arbeiter im Investitionsgüterbereich 46 000 DM. In den anderen Bereichen, dem Grundstoff- und Produktionsgüter- (45 000 DM), dem Nahrungs- und Genußmittel- (39 000 DM) und dem Verbrauchsgüter-Gewerbe (37 000 DM), wurde weniger verdient. Auf Kreisebene war das Lohnniveau noch unterschiedlicher. Im Landkreis Germersheim erhielten die Arbeiter, wegen der höheren Löhne im Fahrzeugbau, mit durchschnittlich 48 000 DM jährlich den höchsten Verdienst für ihre Arbeit. In der Stadt Landau wurden 40 000 DM und im Landkreis Südliche Weinstraße 35 000 DM Lohn gezahlt.

Entsprechend der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung in Deutschland, die bis Ende der 80er Jahre eine ansteigende Tendenz zeigte und 1990 infolge der Marktöffnung in Richtung Osten einen zusätzlichen Anstoß erhielt, wiesen die Umsätze in der Region Südpfalz ein deutliches Wachstum auf. Die im Jahre 1991 zu beobachtende leichte konjunkturelle Abkühlung kam hier in einzelnen Monaten durch deutliche Umsatzrückgänge im verarbeitenden Gewerbe gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zum Ausdruck. Das Beschäftigtenwachstum hat sich schon seit Frühjahr 1990 zunehmend verlangsamt.

Klaus Gensmann

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 789	3 852	3 873	3 877	3 881
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 066	2 052	1 806	1 314	2 057	2 422 ^P	1 755 ^P	1 211 ^P	2 148 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,4	5,5	4,1	6,2	7,6 ^P	5,3 ^P	3,8 ^P	6,5 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 526	3 560	3 380	3 261	3 355	3 819 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	11,1	10,3	10,2	10,2	11,9 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 630	3 553	3 679	3 529	3 705	3 295 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	11,0	11,2	11,1	11,2	10,3 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	24	19	22	24	20 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,8	6,6	5,3	6,5	6,8	5,5 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 104	7	- 299	- 268	- 350	524 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	0,0	- 0,9	- 0,8	- 1,1	1,6 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 775	12 290	13 539	11 999	11 194
* Fortgezogene	Anzahl	6 862	7 320	9 204	7 391	7 374
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 913	4 970	4 335	4 608	3 820
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 122	12 173	13 324	12 558	13 298
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	82 334	88 985	89 686	93 646	103 943	118 764	122 684	126 450	133 747
* Männer	Anzahl	41 970	47 150	47 006	49 693	57 680	65 525	68 283	70 905	76 761
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 231	4 761	.	.	5 755	5 512	.	.	7 093
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	27 136	29 993	.	.	36 685	41 681	.	.	47 756
Arbeitslosenquote	%	5,4	5,7	5,7	6,0	6,7	7,5	7,8	8,0	8,5
Offene Stellen	Anzahl	17 425	20 320	18 701	14 974	14 416	22 077	14 699	13 572	14 127
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 187	1 409	.	.	1 034	1 467	.	.	665
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 510	5 419	.	.	4 259	4 546	.	.	3 238
Kurzarbeiter	Anzahl	6 764	13 123	16 174	21 366	27 769	24 436	35 269	34 649	34 919
Männer	Anzahl	5 086	9 875	12 712	16 669	21 431	19 882	29 671	28 981	29 599
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
* Rinder	t	15 374	14 269	14 953	15 926	14 652	13 577	14 198	15 287	14 751
* Kälber	t	5 727	4 755	5 061	5 385	4 695	4 027	4 125	4 669	4 417
* Schweine	t	43	33	31	33	53	29	30	35	49
* Schweine	t	9 464	9 354	9 717	10 366	9 743	9 418	9 916	10 456	10 132
Milch										
* Milchzeugung	1 000 t	66	65	62	57	61	62	62	58	62
* an Molkereien geliefert	%	94,6	95,0	94,6	94,2	94,4	95,1	95,0	94,7	94,4
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 666	2 678	2 670	2 661	2 661	2 586	2 583	2 579	2 579
* Beschäftigte	1 000	394	385	380	379	374	354	350	348	346
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	268	258	254	252	248	233	229	228	226
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 271	33 985	35 261	34 088	30 139	30 785	30 333	30 380	28 106
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 725	1 785	1 702	2 149	2 192	1 647	1 604	2 013	2 056
* Löhne	Mill. DM	980	997	965	1 197	1 146	913	888	1 105	1 070
* Gehälter	Mill. DM	745	788	737	951	1 046	734	716	908	986
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 110	8 877	9 010	8 482	8 423	8 688	8 470	8 367	8 645
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 052	2 978	2 917	2 780	2 781	2 896	2 798	2 823	3 091
* Exportquote ⁹⁾	%	33,5	33,6	32,4	32,8	33,0	33,3	33,0	33,7	35,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000 t SKE	252	271	.	.	289	219	.	.	298
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	725	807	.	.	789	660	.	.	643
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	133	126	.	.	145	79	.	.	115
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	60	50	.	.	49	30	.	.	50
* schweres Heizöl	1 000 t	73	76	.	.	95	48	.	.	65
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 135	1 125	1 117	1 113	1 006	1 035	1 076	1 108	1 072
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	230	234	238	244	233	261	285	289
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	118	116	119	114	104	112	111	112	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	117	116	115	112	98	109	113	114	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	113	124	142	127	104	137	133	114	...
Chemische Industrie	1985 = 100	119	118	115	114	104	110	117	119	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	104	110	103	100	106	96	96	...
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	103	100	107	100	122	115	99	93	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	86	90	82	64	71	68	72	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	128	123	130	124	106	121	117	120	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	61	54	53	51	39	56	41	44	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	155	157	169	166	164	150	166	173	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	384	435	506	516	384	480	466	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 302	2 874	2 993	2 950	2 910	3 122	3 314	3 785	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 715	1 231	1 340	1 229	1 204	1 641	1 656	1 918	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 981	2 004	2 060	2 197	2 196	1 842	2 115	2 306	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	446	457	502	537	626	356	523	656	...
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	87	.	.	87	86
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	195	.	.	223	188
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 200	61 356	61 971	61 895	61 440	60 908	60 230	59 709	59 172
Facharbeiter	Anzahl	31 347	30 284	30 017	29 843	29 646	28 613	28 473	28 268	28 157
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 528	16 490	17 024	17 177	16 974	16 885	16 701	16 399	15 996
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 670	6 803	7 839	7 133	5 931	7 510	7 138	6 310	4 980
Privater Bau	1 000	4 309	4 497	5 154	4 738	3 981	5 005	4 708	4 267	3 443
* Wohnungsbau	1 000	2 431	2 653	3 102	2 926	2 415	3 028	2 848	2 593	2 047
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	23	17	13	16	16	19	23	21	32
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 855	1 827	2 039	1 796	1 550	1 958	1 837	1 653	1 364
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 361	2 305	2 685	2 395	1 950	2 505	2 430	2 043	1 537
Hochbau	1 000	510	433	471	449	392	475	433	415	324
Tiefbau	1 000	1 851	1 872	2 214	1 946	1 558	2 030	1 997	1 628	1 213
Straßenbau	1 000	953	981	1 192	1 005	856	1 087	1 095	876	636
Löhne und Gehälter	Mill. DM	225	242	246	343	282	247	242	360	237
* Löhne	Mill. DM	182	194	198	273	224	199	192	286	182
* Gehälter	Mill. DM	43	48	48	69	58	48	50	74	55
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	715	809	876	935	1 162	870	876	877	926

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	896	949	967	721	722	1 091	1 052	946	1 026
* mit 1 Wohnung	Anzahl	616	607	624	427	425	652	605	517	570
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	155	203	202	163	134	218	245	207	204
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	122	139	141	131	163	221	202	222	252
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 045	1 160	1 160	953	1 025	1 304	1 312	1 227	1 369
* Wohnfläche	1000 m ²	182	203	201	171	177	234	236	224	249
Wohnräume	Anzahl	8 524	9 327	9 292	7 882	8 166	10 808	10 990	10 391	11 505
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	371	437	446	365	396	521	531	509	563
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	4	5	4	1	3	4	3	5
Unternehmen	Anzahl	162	128	142	113	115	136	117	103	136
Private Haushalte	Anzahl	731	816	820	604	606	952	931	840	885
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	174	172	220	166	182	167	188	164	152
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 005	987	1 315	868	1 339	757	1 295	622	890
* Nutzfläche	1000 m ²	159	154	213	132	196	115	188	114	122
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	209	216	265	173	418	143	343	167	150
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	19	26	44	23	25	34	37	32	24
Unternehmen	Anzahl	139	138	175	139	151	127	145	126	124
Private Haushalte	Anzahl	8	8	1	4	6	6	6	6	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	2 439	2 459	2 120	2 384	2 724	3 059	2 737	3 157
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 966	2 952	3 259	2 804	2 659
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 628	1 646	1 762	1 550	1 374
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	225	250	260	225	222
Dänemark	Mill. DM	49	50	61	49	47
Frankreich	Mill. DM	432	418	471	421	341
Griechenland	Mill. DM	28	31	41	27	27
Großbritannien	Mill. DM	273	270	309	242	254
Irland	Mill. DM	11	12	15	12	13
Italien	Mill. DM	258	257	256	239	186
Niederlande	Mill. DM	211	217	218	193	180
Spanien	Mill. DM	117	114	96	114	86
Portugal	Mill. DM	26	26	36	27	19
USA und Kanada	Mill. DM	195	196	201	200	167
Japan	Mill. DM	69	63	65	62	55
Entwicklungsländer	Mill. DM	408	394	488	345	436
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	110	104	122	112	123
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 341	2 262	2 241	2 146	2 109
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 341	1 289	1 279	1 239	1 215
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	303	290	297	263	259
Dänemark	Mill. DM	45	46	39	51	51
Frankreich	Mill. DM	313	300	307	321	314
Griechenland	Mill. DM	8	7	4	5	4
Großbritannien	Mill. DM	107	108	107	98	93
Irland	Mill. DM	13	12	15	9	14
Italien	Mill. DM	203	190	202	189	184
Niederlande	Mill. DM	230	213	177	186	180
Spanien	Mill. DM	98	103	108	103	92
Portugal	Mill. DM	20	21	22	16	24
USA und Kanada	Mill. DM	162	175	172	149	149
Japan	Mill. DM	132	120	94	110	115
Entwicklungsländer	Mill. DM	312	286	274	248	240
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	99	64	73	60	60

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102,7	99,7	100,1	100,3	100,8	99,4	99,4	99,7	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,0	127,0	133,2	133,9	164,2	122,5	125,8	133,1	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,0	111,3	111,4	111,1	110,9	110,7	110,3	110,3	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	132,0	128,8	129,7	122,9	125,7	132,3	131,0	129,4	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	92,5	93,0	98,6	91,7	89,3	97,3	94,8	89,5	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	94,9	103,8	103,8	93,3	100,9	97,8	92,8	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,2	115,5	138,0	103,8	110,3	135,6	134,7	105,5	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	116,3	122,4	160,5	106,1	107,2	156,4	152,2	101,2	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	106,1	110,7	122,6	101,5	112,6	120,6	122,0	108,0	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	521	525	804	407	306	683	777	389	...
* Ausländer	1 000	120	115	134	70	57	138	126	64	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 866	1 828	2 697	1 252	1 147	2 396	2 566	1 272	...
* Ausländer	1 000	414	378	435	210	199	439	390	194	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 471	1 428	1 227	1 424	1 217
* Gütersendungen	1 000 t	889	956	910	1 075	1 030
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 241	15 852	13 873	12 721	12 935	12 194	12 294	11 055	10 348
Krafträder	Anzahl	654	803	235	139	206	475	264	174	130
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	15 455	13 963	12 651	11 732	11 742	10 821	11 236	10 126	9 368
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	760	731	667	683	631	583	559	583
Zugmaschinen	Anzahl	185	159	139	93	153	93	115	85	138
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 539	1 530	1 618	1 426	1 353	1 635	1 489	1 302	1 514 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 694	8 282	9 248	9 195	8 780	8 508	8 801	8 479	9 548 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 086	2 065	2 240	1 923	1 822	2 212	2 073	1 821	2 098 ^P
* Getötete	Anzahl	39	39	40	36	35	36	34	40	50 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	21	22	24	23	26	24	25	26	29 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	7	1	2	3	2	2	2 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	1	4	4	2	3	2	2	3 ^P
Fußgänger	Anzahl	8	4	6	4	4	5	5	8	14 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	559	541	605	480	427	604	553	467	504 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	320	315	404	328	270	358	369	349	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	94	93	65	36	38	113	68	31	...
Radfahrer	Anzahl	57	58	50	37	33	58	39	21	...
Fußgänger	Anzahl	68	57	71	68	66	55	61	48	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	59	67	59	61	67	85	97	75	87
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	38 070	57 183	15 299	27 889	311 534	37 927	41 660	48 268	125 084
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	347	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselsumme	1 000 DM	4 229	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 048	104 522	.	.	104 522	109 498	.	.	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	98 090	102 700	.	.	102 700	107 638	.	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 478	20 181	.	.	20 181	20 042	.	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 357	19 583	.	.	19 583	19 653	.	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 121	598	.	.	598	389	.	.	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 344	11 288	.	.	11 288	10 368	.	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 615	8 686	.	.	8 686	8 691	.	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 729	2 602	.	.	2 602	1 677	.	.	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	67 268	71 231	.	.	71 231	77 228	.	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 293	63 181	.	.	63 181	69 182	.	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 975	8 050	.	.	8 050	8 046	.	.	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	96 418	100 201	.	.	100 201	101 890	.	.	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	15 224	17 005	.	.	17 005	16 093	.	.	.
* Termineinlagen	Mill. DM	42 243	43 765	.	.	43 765	45 584	.	.	.
* Spareinlagen	Mill. DM	38 951	39 431	.	.	39 431	40 213	.	.	.
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	2 269 ^r
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 289 ^r
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 809	1 970	1 420	1 982	3 004	3 544	2 748	3 646	4 306
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 246	1 357	772	1 372	2 368	1 628	769	1 391	2 379
* Lohnsteuer	Mill. DM	920	1 024	732	1 300	1 382	778	787	1 341	1 397
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	165	181	- 60	525	-	-	- 6	557	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	147	152	9	- 16	643	491	- 50	- 23	577
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	25	23	15	22	17	21	23
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	-	-	-	-	-	16	19	74	21
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	54	-
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	138	6	65	328	322	- 4	- 22	360
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	21	22	-	84	-	-	-	- 26	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563	613	648	610	636	1 916	1 979	2 255	1 927
* Umsatzsteuer	Mill. DM	386	445	465	466	457	635	682	938	707
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	177	168	183	145	178	1 280	1 297	1 317	1 219
* Zölle	Mill. DM	13	11	11	7	7	239	251	231	249
* Bundessteuern	Mill. DM	131	150	95	108	200	406	498	454	1 222
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	0	0	0	1	1	0	- 0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	90	102	94	106	205	402	487	443	1 207
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	36	44	- 5	- 4	- 9	- 0	4	5	10
* Landessteuern	Mill. DM	109	118	91	148	94	98	115	150	90
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	24	8	63	7	3	8	70	2
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	50	59	57	46	48	57	58	52	50
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	5	15	7	12	13	3	4

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	680	690	.	.	607	650
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	.	.	8	10
* Grundsteuer B	Mill. DM	107	116	.	.	98	144
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	499	492	.	.	428	425
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	49	58	.	.	59	57
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 052	1 149	883	1 095	1 682	2 340	2 093	2 478	3 492
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	543	588	330	589	1 032	718	328	592	1 040
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	366	398	421	397	413	1 215	1 250	1 432	1 214
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	905	974	689	1 013	1 436	1 118	740	1 089	1 473
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	538	582	327	587	1 029	711	325	582	1 038
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	244	258	227	278	270	309	258	358	315
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 084	1 148	.	.	1 465	1 077
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	423	406	.	.	292	378
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	480	543	.	.	994	473
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	110,7	115,1	116,1	116,7	116,8	120,3	120,6	120,9	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	111,6	111,9	112,1	114,0	114,0	114,3	114,5
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	124,3	131,3	.	133,1	.	.	.	138,1	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	21,22 ^r	22,43	22,84	.	.	.	23,80	.	.
Männliche Arbeiter	DM	22,18 ^r	23,36	23,77	.	.	.	24,70	.	.
Facharbeiter	DM	23,59 ^r	24,74	25,20	.	.	.	26,14	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	21,38 ^r	22,44	22,79	.	.	.	23,73	.	.
Hilfsarbeiter	DM	22,38 ^r	20,06	20,33	.	.	.	20,94	.	.
Weibliche Arbeiter	DM	15,79 ^r	16,87	17,17	.	.	.	17,93	.	.
Hilfsarbeiter	DM	15,43 ^r	16,53	16,80	.	.	.	17,52	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,6 ^r	39,4	39,4	.	.	.	38,4	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	39,9 ^r	39,7	39,7	.	.	.	38,6	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	38,2 ^r	37,9	37,7	.	.	.	37,0	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 195 ^r	5 461	5 543	.	.	.	5 666	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 660 ^r	4 910	4 984	.	.	.	5 114	.	.
männlich	DM	5 583 ^r	5 860	5 933	.	.	.	6 059	.	.
weiblich	DM	3 679 ^r	3 905	3 979	.	.	.	4 104	.	.
Technische Angestellte	DM	5 641 ^r	5 907	5 995	.	.	.	6 103	.	.
männlich	DM	5 777 ^r	6 045	6 130	.	.	.	6 239	.	.
weiblich	DM	4 199 ^r	4 429	4 522	.	.	.	4 631	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 596 ^r	3 848	3 917	.	.	.	4 090	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 567 ^r	3 834	3 903	.	.	.	4 072	.	.
männlich	DM	4 285 ^r	4 591	4 677	.	.	.	4 868	.	.
weiblich	DM	2 983 ^r	3 198	3 248	.	.	.	3 411	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 074	64 865	65 111	65 188	65 241
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 858 ³⁾	37 668 ^{p3)}	48 952 ^{p3)}	38 512 ^{p3)}	24 812 ^{p3)}	50 089 ^{p3)}	49 319 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	69 168 ³⁾	66 667 ^{p3)}	71 459 ^{p3)}	64 875 ^{p3)}	61 879 ^{p3)}	71 679 ^{p3)}	69 962 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	75 937 ³⁾	73 108 ^{p3)}	68 467 ^{p3)}	72 823 ^{p3)}	73 284 ^{p3)}	68 762 ^{p3)}	68 838 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 769 ³⁾	- 6 441 ^{p3)}	2 992 ^{p3)}	- 7 948 ^{p3)}	- 11 405 ^{p3)}	2 917 ^{p3)}	1 124 ^{p3)}
Arbeitslose	1 000	1 689	1 808	1 784	1 830	1 885	2 315	2 288	2 359	2 408
Männer	1 000	898	983	953	980	1 019	1 282	1 271	1 315	1 351
Arbeitslosenquote	%	6,3	6,6	6,5	6,7	6,9	8,4	8,3	8,5	8,7
Offene Stellen	1 000	331	324	318	289	259	251	229	201	189
Kurzarbeiter	1 000	145	283	204	327	478	398	590	660	636
Männer	1 000	117	213	146	241	364	315	468	525	511
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 515	7 333	7 325	7 258	7 214	6 770	6 742	6 674	6 637
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	637	654	663	631	528	580	573	569
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 463	162 969	175 289	169 186	163 288	141 300	164 525	155 447	156 861
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 557	43 616	47 514	44 949	43 939	36 290	44 425	41 585	42 497
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	121	119	126	126	109	101	118	116	115
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	112	113	118	117	96	107	116	116	113
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	126	122	131	128	117	95	118	114	114
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	120	130	131	106	105	124	121	120
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	129	128	135	143	124	124	133	138	137
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 913	33 247	31 085	35 027	35 222	27 690	30 102	33 298	...
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 814	2 764	2 369	2 795	2 769	2 370	2 354
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 061	1 076	1 103	1 095	1 088	1 080 ^p	1 083 ^p	1 100 ^p	1 091 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	115	135	133	118	116 ^p	132 ^p	127 ^p	110 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	12 911	14 650	16 208	16 779	16 967	15 035 ^p	16 287 ^p	16 500 ^p	16 849 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 855	13 159	13 630	13 748	11 931	16 314	15 829	15 481	13 408
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 875	10 842	11 122	11 254	9 395	13 314	12 615	12 276	10 629
Wohnfläche	1 000 m ²	2 553	2 909	3 045	3 059	2 842	3 647	3 617	3 624	3 114
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 926	2 826	2 980	3 010	2 845	2 864	2 874	2 979	2 631
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	33 385	38 234	40 254	35 165	38 919	47 170	47 552	47 743	41 917
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	136,4	137,5	132,3 ^r	145,7 ^r	144,7 ^p	122,8 ^r	133,0 ^r	137,8 ^p	144,9 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	120,8	124,0	136,9 ^r	134,9 ^r	115,0 ^p	133,7 ^r	136,2 ^r	133,3 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 484	55 886	55 634	61 218	53 627
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 000	30 385	30 512	33 162	28 788
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 061	4 131	40 083	4 474	3 945
Frankreich	Mill. DM	7 292	7 249	7 388	8 433	6 983
Großbritannien	Mill. DM	4 224	4 329	4 341	4 580	3 896
Italien	Mill. DM	5 107	5 199	5 296	5 489	4 863
Niederlande	Mill. DM	4 672	4 644	4 631	5 056	4 513
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 660	53 151	50 080	55 730	51 925
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 911	27 653	25 636	29 133	27 383
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 824	3 736	3 630	3 972	3 725
Frankreich	Mill. DM	6 573	6 369	5 800	6 480	6 185
Großbritannien	Mill. DM	3 558	3 636	3 587	3 778	3 591
Italien	Mill. DM	4 976	4 885	4 274	5 146	4 710
Niederlande	Mill. DM	5 222	5 097	4 859	5 450	5 035
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 086	3 418	3 287	3 345	3 389	3 584	3 624	3 668	3 696 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 456	2 674	2 628	2 649	2 670	2 781	2 817	2 844	2 858 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	744	659	696	719	802	807	824	838 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 176	2 261	2 233	2 230	2 254	2 330	2 341	2 357	2 400 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	738	738	739	792	798	805	814 ^P
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 372	44 662	54 371	36 684	37 226	40 273	56 994	38 025	39 642 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	24 900	27 609	40 111	19 004	18 647	21 526	39 739	19 253	19 888 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	17 848	20 610	19 772	19 377	19 102	20 984	19 751	19 617	19 533 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	3 461	11 220	- 471	- 756	- 1 115	10 460	- 836	- 1 150 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	14 973	16 476	14 258	16 319	18 197	18 525	17 241	17 887	19 380 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 233	9 773	8 590	9 633	11 395	15 330	14 071	14 638	16 131 ^P
Zölle	Mill. DM	692	645	622	677	636	635	651	665	613 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	7 802	8 758	7 633	7 279	7 558	8 350	7 613	7 742	7 998 ^P
Versicherungsteuer	Mill. DM	488	675	451	376	535	1 102	531	513	666 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 352	6 972	7 216	6 970	7 092	7 191	7 016	7 172	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	98,3	100,8	99,4	99,1	99,5	99,1	98,3	97,6	98,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,1	91,9	91,0	88,9	89,0	83,1 ^r	82,7 ^r	81,6	83,7 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	103,4	104,8	105,1	104,9	104,8	104,8	104,6	104,6	104,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	124,6	131,5	.	.	133,2	137,9	.	.	138,0
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	124,3	131,3	.	.	133,1	138,0	.	.	138,1
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	.	.	128,9	131,2	.	.	130,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1	115,7	116,1	116,7	120,2	120,3	120,6	120,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	111,7	111,6	111,9	114,3	114,0	114,0	114,3
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	113,9	114,2	114,5	116,6	116,9	117,1	117,4
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	125,2	125,9	126,7	131,9	132,5	133,0	133,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	89,7	90,1	90,2	90,9	90,7	91,3	91,3
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	115,1	115,4	115,7	118,5	118,5	118,8	119,0
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	113,8	117,9	118,6	118,8	119,0	122,8	123,1	123,4	123,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	112,1	117,1	117,7	117,7	118,0	122,2	122,2	122,4	122,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	108,1	112,7	112,9	113,4	114,0	115,9	116,4	116,7	117,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	118,0	124,3	125,5	127,1	129,2	136,1	136,1	136,6	138,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Nebenleistungen.

Statistik des Güterverkehrs

Am 1. Januar 1994 wurde die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in das „Bundesamt für Güterverkehr“ (BAG) umgewandelt. Das Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr mit Sitz in Köln und Außenstellen in den Bundesländern.

Eine der Aufgaben des Bundesamtes ist es, Statistiken über den Güterverkehr zu erstellen.

- Die Verkehrsleistungsstatistik erfaßt insbesondere Daten zu Fahrleistungen, Ladungs- und Leerfahrten, Auslastungen und Beförderungsentgelten.
- Die Unternehmensstatistik gibt Auskunft über die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen des gewerblichen Güterkraftverkehrs und des Werkfernverkehrs.

Die Ergebnisse der Verkehrsleistungsstatistik werden vierteljährlich, die der Unternehmen jährlich veröffentlicht. Landesergebnisse für Rheinland-Pfalz und andere Bundesländer sowie Bundesergebnisse sind im Statistischen Landesamt erhältlich. kl

Handel mit den neuen Bundesländern: Mehr Lieferungen, rückläufige Bezüge

Zwischen Rheinland-Pfalz und den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost wurden von Januar bis September 1993 Waren im Wert von 2,33 Mrd. DM gehandelt. Der Wert der Lieferungen stieg im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 1992 um 2,6 % auf annähernd 1,7 Mrd. DM. Rheinland-pfälzische Bezüge aus den neuen Bundesländern hatten im gleichen Zeitraum einen Wert von knapp 635 Mill. DM, was einem Rückgang um 17 % entspricht.

Von den Lieferungen entfielen 773 Mill. DM oder 46 % auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes. Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes wurden für 302 Mill. DM geliefert (18 %). Bei den Bezügen dominierten aufgrund hoher Zuwächse die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, die bei einem Wert von 337 Mill. DM einen Anteil von 53 % erreichten. Investitionsgüter wurden für 249 Mill. DM bezogen, das entspricht einem Anteil von 39 %.

Unfallbilanz 1993: Weniger Unfälle – mehr Getötete

Nach vorläufigen Ergebnissen ereigneten sich 1993 auf rheinland-pfälzischen Straßen 114 543 Verkehrsun-

fälle. Bei 96 525 entstand Sachschaden, bei 18 018 Personenschaden. Insgesamt verunglückten 24 440 Verkehrsteilnehmer, davon 484 tödlich, 6 382 wurden schwer und 17 574 leicht verletzt.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden lag um 1,8 % unter dem Vorjahresergebnis. Während die Zahl der Schwerverletzten um 1,7 % und die der Leichtverletzten um 1,3 % zurückging, gab es 3,4 % mehr Verkehrstote. Hierunter befanden sich 297 (+ 28) Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen, 59 (- 29) Benutzer von motorisierten Zweirädern, 35 (- 5) Radfahrer und 72 (+ 21) Fußgänger. schm

Südpfalz zwischen Weinbau und moderner Lkw-Produktion

Die Gesamtwirtschaft in der Südpfalz ist geprägt von starken Gegensätzen: Auf der einen Seite der Kreis Germersheim mit dem Industriezentrum Wörth (Wertschöpfung von über 40 000 DM je Einwohner), auf der anderen Seite der noch stark landwirtschaftlich geprägte Landkreis Südliche Weinstraße, eines der bedeutendsten Weinbaugebiete Deutschlands (Wertschöpfung pro Kopf weniger als 18 000 DM). Die Bruttowertschöpfung als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung beziffert sich (1988) im Gebiet am Oberrhein auf insgesamt rund 150 Mrd. DM, das sind im Schnitt rund 34 000 DM je Einwohner.

In der Großregion am Oberrhein gibt es fast 64 000 landwirtschaftliche Betriebe, 21 000 im Elsaß, 4 000 in der Nordwestschweiz, 5 000 in der Südpfalz und 34 000 in Baden. Beim Weinbau ist die Südpfalz eindeutig die Nummer Eins am Oberrhein: Hier – wie bei den französischen und badischen Nachbarn – wächst ein hervorragender Wein; 1,7 Mill. hl von insgesamt 3,7 Mill. hl, Elsaß 1,1 Mill. hl, Baden 1,0 Mill. hl. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 43.

Weniger Rinder geschlachtet

Das Fleischaufkommen aus Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft belief sich 1993 in Rheinland-Pfalz auf rund 165 700 t. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um 3,3 %. Insbesondere für das Rindfleischaufkommen war mit - 14 % ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Von der Gesamtschlachtmenge entfielen 49 300 t auf Rindfleisch und 114 600 t auf Schweinefleisch. Dafür wurden rund 156 900 Rinder (- 17 %) und unverändert fast 1,27 Mill. Schweine geschlachtet. hü

kurz + aktuell

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Januar 1994		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Januar 1993 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	114,8	1,2
Bekleidung, Schuhe	117,5	2,1
Wohnungsmieten	134,3	4,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,5	0,5
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,4	2,7
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	125,8	5,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	124,8	3,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	117,5	2,4
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	141,7	7,5
Gesamtlebenshaltung	122,2	3,5
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	121,5	3,4
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,2	3,5
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	121,7	3,6

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3.10.1990.

Sozialhilfestatistik künftig umfassender und aktueller

Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 wurden die Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes über die Sozialhilfestatistik reformiert. Nach der neuen Methode werden statistische Daten von 1994 an erhoben.

Zum Stichtag 1. Januar 1994 erfolgt eine einmalige Bestandserhebung. Während des jeweiligen Erhebungsjahres folgen Zugangs- und Abgangsmeldungen für Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Daraus erstellt das Statistische Landesamt vorläufige Quartalsergebnisse, so daß eine höhere Aktualität der

Daten erreicht wird. Zum Stichtag 31. Dezember des jeweiligen Erhebungsjahres werden regelmäßig die Bestände erhoben. Zur Erleichterung der Arbeit in den Sozialämtern sind die Zählblätter als Durchschreibesätze konzipiert. Für die Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen wird das bisherige Erhebungsverfahren grundsätzlich beibehalten. Eine Meldung zur Statistik ist für jede Person, die eine Hilfe erhielt, am Jahresende erforderlich. Der Erhebungsturnus für den Aufwand der Sozialhilfe bleibt ebenfalls unverändert.

Der Merkmalkatalog wurde grundlegend überarbeitet, um die Qualität der Statistik zu verbessern. Insbesondere bei der Hilfe zum Lebensunterhalt haben sich zahlreiche Änderungen ergeben. Es wird beispielsweise künftig möglich sein, über den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluß oder Berufsausbildungsabschluß Auskunft zu erteilen. Geringfügige Änderungen beinhaltet das neue Konzept der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Der Aufwand soll künftig aus der kommunalen Haushaltsrechnung erfaßt werden. Hierzu wurde die Haushaltssystematik modifiziert mit dem Ziel, Ausgaben und Einnahmen nach den Hilffarten differenziert nachzuweisen. str

Mehr über dieses Thema auf Seite 36.

Themen der letzten Hefte

Heft 11 / November 1993

Die Pendlerverflechtung der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer

Arbeiterinnen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 1990

Die Sozialhilfe im Jahre 1992

Fremdenverkehr an Mosel und Saar 1981 bis 1992

Heft 12 / Dezember 1993

Kommunalwahlen 1994

Neuere Entwicklung der Realsteuerhebesätze in den größeren Gemeinden

Einkommenschichtung 1989

Datenmodellierung – Ein neuer Weg bei der Softwareentwicklung

Heft 1 / Januar 1994

Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1980 bis 1990

Veränderungen im Familienstand 1970 bis 1992

Krankenhäuser 1992

Gartenbauerhebung 1994

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.